Nr. 3 | Mai/Juni 2025 41. Jahrgang | E 5529

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSUNION BADEN-WÜRTTEMBERG

WIRTSCHAFTS forum

Stimme des Mittelstandes in Baden-Württemberg

Mittelstand und Digitalisierung?

Schwerpunkt – Seite 4
Cybersicherheit

Schwerpunkt – Seite 8
Digitalisierung die stetige Herausforderung

MIT Kreise und Bezirke – Seite 44
Mannheimer Maimarkt

Wirtschaft – Seite 44
Deutsch-Indische Zusammenarbeit

Inhalt

Der Koalitionsvertrag sendet wichtiges Signal des Aufbruchs

3 Vorwort

Schwerpunkt
4 Für einen starken Mittelstand
6 Der Koalitionsvertrag sendet wichtiges Signal des Aufbruchs
8 Digitalisierung – die stetige Herausforderung des Mittelstands
12 Automaten beten nicht
14 Warum Digitalisierung in der Kommunikation beginnt

Aus den Kreisen & Bezirken
15 Aktuelles aus Baden-Württemberg

MIT Land
30 Wir wollten doch stolz sein...
34 „Ich bin neu in der MIT, weil ...
35 MITdenken – MITmachen – MIT Baden-Württemberg
36 Landesmittelstandstag
37 Save the Date: Landesmittelstandstag 2025
38 Bürokratiemonster zu Fall gebracht

„Ich bin neu in der MIT, weil ...

Europa
40 Die neue geopolitische Realität

Wirtschaft
42 Adieu Gender Pay Gap
44 Auf geht's Ländle! Wie die deutsch-indische Zusammenarbeit dem Mittelstand in Baden-Württemberg hilft
46 Mit einem Bürokratiefilter die Wirtschaft entlasten

MIT
48 MIT wirkt: Verantwortung für den Mittelstand im Koalitionsvertrag

MIT Bund
52 Gitta Connemann wird Parlamentarische Staatssekretärin und Mittelstandsbeauftragte der neuen Bundesregierung!
52 Unser Team für Deutschland – und fast alle sind in der MIT oder der MU

Bürokratieabbau - konkret

53 Inserentenverzeichnis / Marktplatz
54 MIT vor Ort / Impressum
55 Mitglied werden

Dr. Bastian Atzger, Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

Liebe Leser, liebe MITstreiter,

politisch, wirtschaftlich und technisch bleibt die (An-)Spannung hoch. Die Freude in der Wirtschaft auf eine spürbare politische Neuausrichtung nach der Bundestagswahl ist inzwischen merklich (kein Wortspiel beabsichtigt) abgekühlt.

Noch immer leidet der Mittelstand unter den immer schlechter werdenden politischen Standortbedingungen in Deutschland. Noch immer hat der Wähler das ungute Gefühl, nicht verstanden, ja, getäuscht worden zu sein (was Roderich Kiesewetter bei Lanz so trefflich einräumte). Und noch immer beschäftigt sich die Politik lieber mit sich selbst und den falschen inhaltlichen Themen, anstatt die wirklich heißen Eisen anzufassen.

Die aktuellen Wirtschaftsdaten zeigen, dass viele mittelständische Unternehmen weiterhin mit politisch verschuldeten Herausforderungen wie steigenden Energiekosten und Fachkräftemangel kämpfen. Diese Probleme sind nicht nur kurzfristige Hindernisse, sondern stellen langfristige Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unseres Mittelstands dar.

Ein Blick auf die aktuellen Zahlen verdeutlicht die Lage: Die Investitionen in Forschung und Entwicklung sind rückläufig, und die Exportzahlen stagnieren. Viele Unternehmer berichten mir von ihrer zunehmenden Unsicherheit, gar Frustration. Es ist daher unerlässlich, dass wir uns als lautstarkes politisches Sprachrohr des Mittelstands verstehen, uns weiter vernetzen und nicht nur gemeinsam starke Lösungen erarbeiten, um diesen Herausforderungen zu begegnen, sondern diese auch kraftvoll in die Politik hineintragen.

Doch es gibt auch positive Entwicklungen: Die Digitalisierung schreitet in der Wirtschaft weiter voran. Künstliche Intelligenz (KI) hat in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht und bietet neue Möglichkeiten für Effizienzsteigerungen und Innovationen. Beispiele hierfür sind die Automatisierung von Geschäftsprozessen, intelligente Datenanalyse und personalisierte Kundenansprache. Chancen und Risiken sind breit gestreut, doch die Grundstimmung ist erwartungsvoll und positiv – solange sich die Politik auf die Einrichtung sinnvoller Leitplangen beschränkt und die nicht einmal mehr die Rolle des übergriffigen Regelsetzers einnimmt, der dann noch selbst zum Gegenspieler mittelständischer Unternehmen wird.

In der Wirtschaft bleibt es spannend, in der Politik bleibt es beim Alten. Wie wir hier gegenüber einem verhandlungsstarken Amerikaner, gerissenen Chinesen und einen egozentrischen Russen auf dem Weltmarkt einen starken Gegenpol bilden wollen, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass es Merz mit diesem Start schwer haben wird. Und unter diesen Voraussetzungen wird auch die Landtagswahl 2026 definitiv kein Selbstläufer. Ob die Wähler nochmals bereit sind, der CDU zu vertrauen, wird die große Frage der Zukunft sein.

Vor diesem Hintergrund treffen sich am 12. Juli die Landesdelegierten der MIT Baden-Württemberg, um sich inhaltlich und personell neu aufzustellen. Wir werden Kernfragen diskutieren und den Vorstand neu wählen. Die Entscheidungen unserer Basis werden neue Impulse in die Vorstandsarbeit senden und somit auch die baden-württembergische Position in der Bundes-MIT bestimmen. Hoffen wir in den nächsten Jahren auf eine weiterhin selbstbewusste und starke MIT, die ihre Inhalte mutig vertritt und für Freiheit und Eigenverantwortung steht. Die Bundestagswahl hat gezeigt, dass wir damit mittlerweile die Einzigen im weiten politischen Feld sind. Weitere Hinweise zum Landesmittelstandstag in Hechingen finden Sie hier im Heft.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre und verbleibe Ihnen verbunden.

Mit herzlichen Grüßen

Bastian Atzger

Cybersicherheit

Für einen starken Mittelstand

© Innenministerium Baden-Württemberg / Steffen Schmid

Ministerialdirektor Stefan Krebs,
Beauftragter der Landesregierung für Informationstechnologie

Der baden-württembergische Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft – innovativ, resilient und stets bereit, neue Wege zu gehen.

Gerade deshalb geraten unsere mittelständischen Unternehmen zunehmend ins Visier von Cyberkriminellen. Cyberattacken nehmen seit Jahren zu und können gravierende, teils existentielle Folgen haben, wenn Unternehmen nicht ausreichend geschützt sind. Für den Mittelstand ist es daher ganz besonders wichtig, Digitalisierung strategisch anzugehen und gleichzeitig robuste und wirksame Sicherheitsmaßnahmen zu implementieren. Wir wollen die Chancen nutzen und die Risiken mindern.

Konkrete Unterstützung liefert in Baden-Württemberg ein Beratungsangebot, das die Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg (CSBW) mit den Industrie- und Handelskammern (IHKen) und neuerdings auch mit den Handwerkskammern (HWKen) anbietet. Mit dem „CyberSicherheitsCheck für KMU“ bieten wir einen niederschwelligen Einstieg für Unternehmerinnen und Unternehmer. Dabei sollen Selbständige sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) für die Gefahren sensibilisiert und ein digitaler Basisschutz hergestellt werden. Gemeinsam machen wir so unsere Wirtschaft – in der Fläche – noch cybersicherer. Wir sensibilisieren, wir unterstützen und schaffen damit auch wirtschaftliche Zukunft.

Kern des Angebots ist eine 60-minütige Vor-Ort-Beratung durch geschulte IHK- oder HWK-Expertinnen und Experten. Ziel ist es, Geschäftsleitungen für die Gefahren zu sensibilisieren und konkrete Verbesserungspotenziale in Unternehmen zu identifizieren. Denn: Cybersicherheit ist Führungsaufgabe. Dabei gehen wir mit unserer Beratung bewusst bedrohungs- und zielgruppenorientiert vor. Wir wollen Komplexität reduzieren, eine Übersicht schaffen und effizient mit Hilfe zur Selbsthilfe befähigen, selbst aktiv zu werden – aus der Wirtschaft für die Wirtschaft.

Cybersicherheitsvorfall?

0711-137-99999

cyberersthilfe@cybersicherheit.bwl.de

Unsere Beratung erfolgt daher entlang einer Checkliste zu acht zentralen Handlungsfeldern der Cybersicherheit:

- Sicherheitslücken schließen – durch Updates und Patches, strukturierte Prozesse und vollständige Dokumentation.
- Benutzerzugänge absichern – mit sicheren Passwörtern und Zwei-Faktor-Authentisierung.
- Datensicherung durchführen – nach der 3-2-1-Regel: Drei Kopien auf zwei unterschiedlichen Medienträgern und eine Kopie offline.
- Gefahrenbewusstsein schaffen – durch Mitarbeiterschulungen.
- Netzübergänge absichern – mit effektiven Firewalls.
- Schadprogramme abwehren – mit aktueller Virenschutzsoftware und klarer Erkennung externer E-Mails.
- Notfallplan erstellen – weil es nie 100 % Sicherheit geben kann.
- Systeme inventarisieren und dokumentieren – um im Ernstfall schnell handeln zu können.

Am Ende der Beratung steht eine Auswertung der erhobenen Informationen, die unmittelbar einen ersten Überblick über den Status Quo des Unternehmens gibt und als Grundlage für weitere Schritte und Beauftragungen – etwa eines IT-Dienstleisters – dient.

Cybersicherheit ist mehr als Technik: Sie ist Grundlage wirtschaftlicher Resilienz und Teil staatlicher Daseinsvorsorge – heute wie morgen. Wer den Mittelstand schützt, bewahrt Arbeitsplätze, Innovationskraft und sozialen Frieden – und sichert die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts. Digitalisierung schafft die Basis für unsere Zukunft.

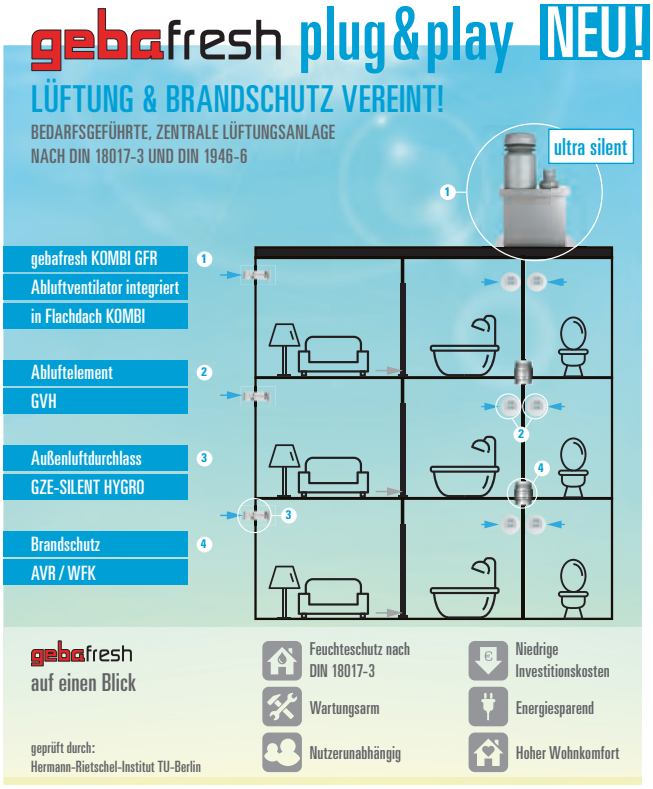
Dabei tragen gerade kleine und mittlere Unternehmen in Baden-Württemberg eine besondere Verantwortung: Sie sind nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Ausbilder, regionaler Stabilitätsanker und Träger lokaler Wertschöpfung. Ihre digitale Sicherheit zu stärken, heißt auch, die wirtschaftliche Eigenständigkeit unseres Landes zu verteidigen. Eine politische Strategie für den digitalen Wandel muss deshalb den Schutz der Unternehmen genauso priorisieren wie die Förderung neuer Technologien. Der Mittelstand darf dabei nicht nur als Zielgruppe, sondern muss als Partner auf Augenhöhe verstanden werden – mit praxisnahen Angeboten, gezielter Förderung und klarer politischer Priorität.

Das unternehmerische Engagement verdient Anerkennung – und Unterstützung.

Das gilt übrigens auch im Falle eines Cyberangriffs. Denn falls es dann doch einmal zu einer Cyberattacke kommt, steht die Cyber-Ersthilfe der CSBW Ihnen rund um die Uhr zur Verfügung (https://www.cybersicherheit-bw.de/index.php/cyber-ersthilfe-bw) und auch die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) des Landeskriminalamt BW unterstützt Sie im Falle eines Falles (https://lka.polizei-bw.de/zentrale-ansprechstelle-cybercrime/).

Weitere Informationen zu Angeboten für mehr Cybersicherheit erhalten Sie unter https://www.cybersicherheit-bw.de/ oder zum CyberSicherheitsCheck unter https://www.csc-kmu.de/. ■

Stefan Krebs,
CIO@im.bwl.de,
im.baden-wuerttemberg.de



Der Koalitionsvertrag sendet wichtiges Signal des Aufbruchs

© Tobias Koch

Thorsten Frei MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Deutschland steckt in einer herausfordernden wirtschaftlichen Lage. Zwei Jahre Rezession als Ergebnis außenpolitischer Krisen gepaart mit Ampel-Paternalismus sorgen für große Verunsicherung in der Wirtschaft. Ein drittes Rezessionsjahr ist auch deshalb keineswegs ausgeschlossen, weil Donald Trump einen Handelskrieg provoziert, der vor allem eine Belastung für unsere Export orientierte Wirtschaft sein dürfte.

Gespräche landauf landab zeigen mir, wie schwierig die Lage für unsere Wirtschaft ist. Es liegt auf der Hand, warum auch im gesellschaftlich tief verwurzelten Mittelstand immer öfter Investitionsentscheidungen gegen den Standort Deutschland getroffen werden. Es ist sprichwörtlich fünf vor zwölf. Umgekehrt sind auch die Chancen für unser Land angesichts der Unsicherheit in der Welt unverändert riesig. Anleger sehnen sich nach einem sicheren Hafen. Wir müssen nur endlich die richtigen Weichenstellungen vornehmen und die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft stärken.

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir den Grundstein für diesen Weg gelegt. Deutschland bekommt damit den längst überfälligen Politikwechsel. Wir reformieren, investieren und führen Deutschland zu neuer Stärke. Unser Land bekommt damit wieder eine Politik für die hart arbeitende Mitte – eine Agenda für die Fleißigen.

Wer mehr leistet, muss sich mehr leisten können. Wir reduzieren die Steuern für Unternehmen. Wir führen einen Investitions-Booster in Form einer degressiven Abschreibung von 30 Prozent in den Jahren 2025-2027 ein. Die Körperschaftsteuer senken wir ab 2028 in fünf Schritten. Ganz wichtig ist, dass wir endlich flexibleres Arbeiten für alle Beschäftigten und Unternehmen ermöglichen und eine wöchentliche Höchstarbeitszeit einführen. Außerdem entlasten wir kleine und mittlere Einkommen und senken die Einkommensteuer zur Mitte der Legislatur. Wir führen die Aktivrente ein und machen das Arbeiten im Alter attraktiv – mit bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei. Wir stellen Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit steuerfrei – damit sich Leistung wieder lohnt. Damit geben wir den Unternehmen neue Spielräume und den Menschen mehr Netto vom Brutto.

Umgekehrt beseitigen wir Fehlanreize in den Sozialsystemen. Wir schaffen das Bürgergeld ab und ersetzen es durch eine neue Grundsicherung, bei der das Prinzip Fördern und Fordern wieder gilt. Wer arbeiten kann, muss auf eigenen Füßen stehen.

Ein weiterer Aspekt ist verlässlich bezahlbare Energie. Diese ermöglichen wir durch die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß sowie der Umlagen und Netzentgelte. Außerdem weiten wir das Angebot aus, indem wir die einseitige Ausrichtung auf Wind- und Sonnenkraft beenden. Wir schaffen das Heizungsgesetz ab und ersetzen es durch ein technologieoffenes Gebäudeenergiegesetz.

Außerdem werden wir die Fachkräftegewinnung in Drittstaaten vereinfachen, indem wir eine digitale Agentur für Fachkräfteeinwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) gründen.

Ganz oben auf der Agenda der Wirtschaft ist die überbordende Bürokratie. Wir werden mit einem Sofortprogramm “Bürokratieabbau” bis Ende 2025 die

Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 Prozent reduzieren. Das nationale Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz schaffen wir deshalb ab.

All das wird aber nur nutzen, wenn gleichzeitig der Staat und seine Verwaltung als leistungsfähiger Partner auf Augenhöhe funktioniert. Dazu errichten wir erstmals ein Bundesdigitalministerium, das sich auch um Staatsmodernisierung und Entbürokratisierung kümmert. Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung. Verwaltungsleistungen sollen unkompliziert digital über eine zentrale Plattform ermöglicht werden – ohne Behördengang. Wir setzen die Registermodernisierung um, schaffen den Zugang zur Verwaltung über die automatisch bereitgestellte Deutschland-ID und sichere eID/EUDI-Wallet. Wir sorgen für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren und beschleunigen Investitionen. Wir vereinfachen Gründungen. Wir schaffen eine zentrale Anlaufstelle, die alle Anträge und Behördengänge auf einer Plattform digital bündelt und eine Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden ermöglicht. Gemeinsam mit den Ländern setzen wir einen Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung um. Wir erweitern Stichtagsregelungen und schaffen neue Rahmengenehmigungen.

Wir müssen und wollen mit weniger Personal gute Arbeit leisten und die Bundesverwaltung effizienter machen. Unser Ziel: Wir reduzieren bis 2029 das Personal der Bundestagsverwaltung, der Bundesregierung sowie in bestimmten nachgeordneten Behörden um mindestens 8 Prozent.

CDU und CSU haben in diesem Koalitionsvertrag viele ihrer zentralen Punkte für neues Wachstum durchgesetzt. Gerade die Wirtschaftspolitik trägt unsere Handschrift. In diesem Sinne steht der Koalitionsvertrag für Aufbruch und die die Regierungsbildung parallel zur Osterzeit erscheint wie eine schöne Metapher. Ostern ist ein besonderes Fest, da es Hoffnung und Zuversicht verbreitet und für Aufbruch steht. In diesem Sinne genau der richtige Zeitpunkt für den Start einer neuen erfolgreichen Regierung, die den Mehltau des Landes abstreift und für neue Dynamik sowie Wachstum sorgt. Die jüngsten Gespräche in meinem Wahlkreis zeigen mir, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Jetzt gilt es, all das möglichst schnell umzusetzen. Wenn das gelingt, werden wir unser Land wie in der Vergangenheit auch gestärkt auch aus dieser Krise führen.

Thorsten Frei MdB,
thorsten.frei@bundestag.de,
thorsten-frei.de

Digitalisierung – die stetige Herausforderung des Mittelstands

Dietrich Eberhardt, IT-Strategieberater, Beisitzer im Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg und Kreisvorsitzender der MIT Lörrach

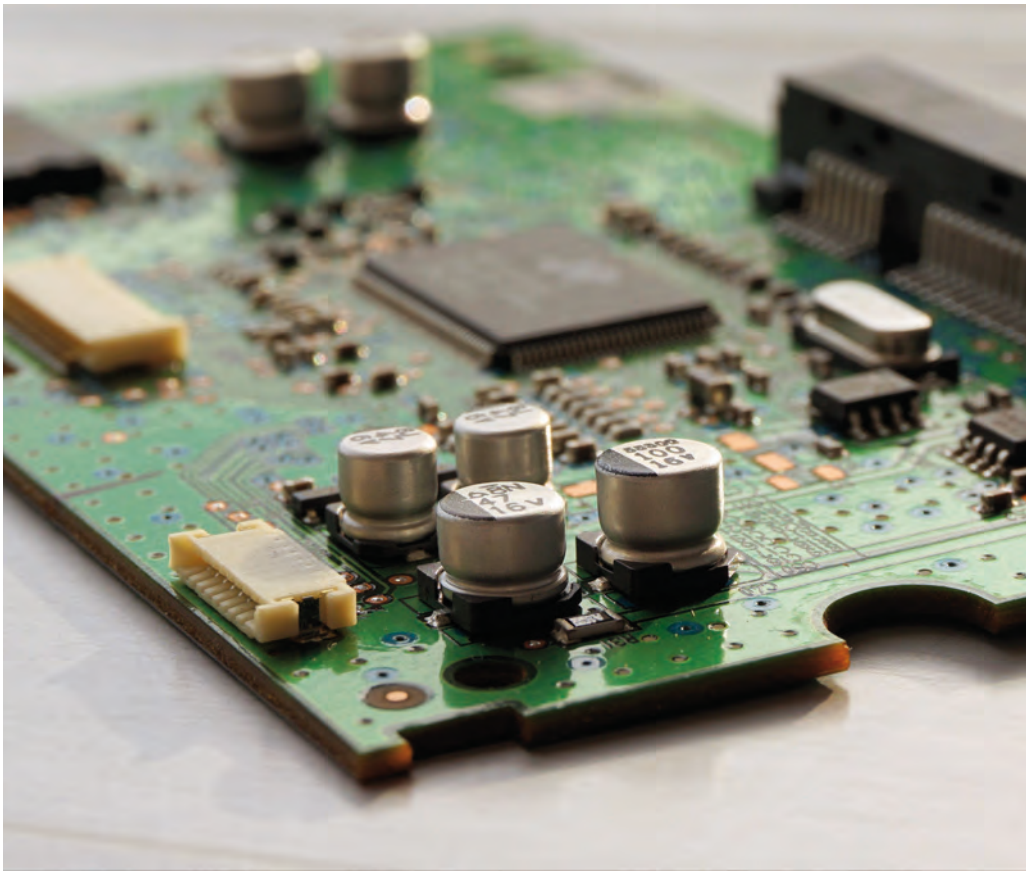
Trotz schwacher Konjunktur schreitet die Digitalisierung in den meisten deutschen Unternehmen weiter voran, weil digitale Technologien mittlerweile für den unternehmerischen Wettbewerb und Fortschritt als unverzichtbar angesehen werden. Sie stellen den Hoffnungsträger für den Wirtschaftsstandort Deutschland dar, wobei die Themen „Künstliche Intelligenz“ (KI), „Big Data“ und „Internet of Things“ (IoT) vor allem in der Großindustrie ganz oben auf der Hitliste der digitalen Neuerungen stehen. Laut Institut für Mittelstandsforschung in Bonn liegt Deutschland beim Einsatz von KI-Technologien mit 48 Prozent über dem Europa-Durchschnitt von 41 Prozent.

Große Industrieunternehmen führen bei der Digitalisierung

Die meisten großen Industrieunternehmen sind führend bei der Digitalisierung ihrer geschäftlichen Aktivitäten und betreiben digitale Transformationsprojekte für ihre Unternehmensprozesse schon seit Langem. Traditionellerweise hat man in ihren IT-Abteilungen nicht nur die dazu notwendige Erfahrung, das entsprechend ausgebildete Personal, die Schulungs- und Weiterbildungs-möglichkeiten, sondern auch die Aufmerksamkeit und das Fachverständnis der IT-Führungsebene, die diese Projekte zusammen mit der Unternehmensführung aus den strategischen Unternehmenszielen mess- und kontrollierbar ableitet und finanziert. In vielen Fällen werden diese umfangreichen Projekte durch externe Fachberatungsfirmen begleitet und mit der neuesten technologischen Expertise versorgt. Solche Unternehmen können in der Regel auch Projektfehlschläge finanziell verkraften und einmal gemachte Fehler wieder ausbügeln. Ihre Finanzausstattung wird dadurch nicht gleich massiv beeinträchtigt. Sie können sie die neuesten Digital-Trends evaluieren und sie für ihre Unternehmensstrategie adaptieren, um ihre Stellung im meist global ausgerichteten Wettbewerb zu behaupten. Für die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland sind sie daher unverzichtbar. Aber meist haben sie auch in anderen Ländern Niederlassungen und können auf für sie ungünstige wirtschaftspolitische Standortbedingungen flexibel reagieren. Sie sind in der Lage, vergleichsweise schnell ganze Unternehmensbereiche in andere Wirtschaftsregionen zu verlagern. Deshalb muss man sie bei uns mit geeigneten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und Maßnahmen fördern, die sich idealerweise an den bisher erfolgreichen Prinzipen unserer sozialen Marktwirtschaft ausrichten, damit sie weiterhin zu unserem gesellschaftlichen Wohlstand beitragen.

Kleinere Betriebe verlieren den digitalen Anschluss

Auch die mittelständischen Unternehmen zeigen mittlerweile Erfolge bei ihren Digitalisierungs-bemühungen, wie die „KfW-Research“-Organisation bei der gleichnamigen Bankengruppe in ihrer Mitteilung im März 2025 feststellt. Allerdings stellten die Analysten dabei fest, dass die Kluft zwischen den großen und den kleinen Mittelständlern zunimmt. Während die Großen sich eher an der Digitalisierungsdynamik der großen Industriebetriebe orientieren, die Digitalisierungsprojekte auch in konjunkturell rückläufigen Zeiten abwickeln, gehen kleinere Unternehmen ihre Digitalisierungsschritte vornehmlich in eher konjunkturell günstigen Zeiten an. Ein Größenvergleich zeigt es: Im Jahr 2023 gaben Deutschlands große Mittelstandsbetriebe mit mehr als 50 Beschäftigten insgesamt 12,9 Milliarden Euro für ihre Digitalisierung aus, obwohl sie nur zwei Prozent der mittelständischen Unternehmen ausmachen. Betriebe mit weniger als fünf Beschäftigten – sie machen mit 81 Prozent das Gros der mittelständischen Unternehmen aus – brachten es lediglich auf 4 Milliarden bei den Digitalisierungsausgaben. Kleine Unternehmen gaben im Schnitt 8.000 Euro pro Digitalprojekt aus, große dagegen 216.000. Das bedeutet, dass die großen Mittelständler fast 27-mal mehr für digitale Transformationsprojekte ausgegeben haben als die Kleinen. Und dieser Unterschied



hat sich noch vergrößert: Im Jahr 2019 lag dieser Wert noch bei dem „nur“ 17-fachen.

Diese Diskrepanz zeigt, dass die großen Mittelständler die dringenden Herausforderungen, die digitale Unternehmenstransformation an sie stellt, schneller meistern werden als ihre kleineren Kollegen, die ohne eine deutliche Steigerung bei ihren Digitalisierungsaktivitäten Gefahr laufen, bei der Digitalisierung den Anschluss zu verlieren und sich zunehmend Wettbewerbsnachteile einhandeln. Laut Prognose der führenden Wirtschaftsinstitute (Gemeinschaftsdiagnose) soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2025 nur um 0,1 Prozent wachsen. Damit befände sich Deutschland in einer Stagnation und selbst die vorhergesagte Erholung mit einer Wachstumsrate für das Jahr 2026 verbessert die Aussicht auf eine gesamtwirtschaftliche Erholung nicht gerade signifikant.

Digitalisierungsprojekte werden schwieriger

Dies verschärft das digitale Dilemma der kleineren Betriebe, weil vielfach sin-

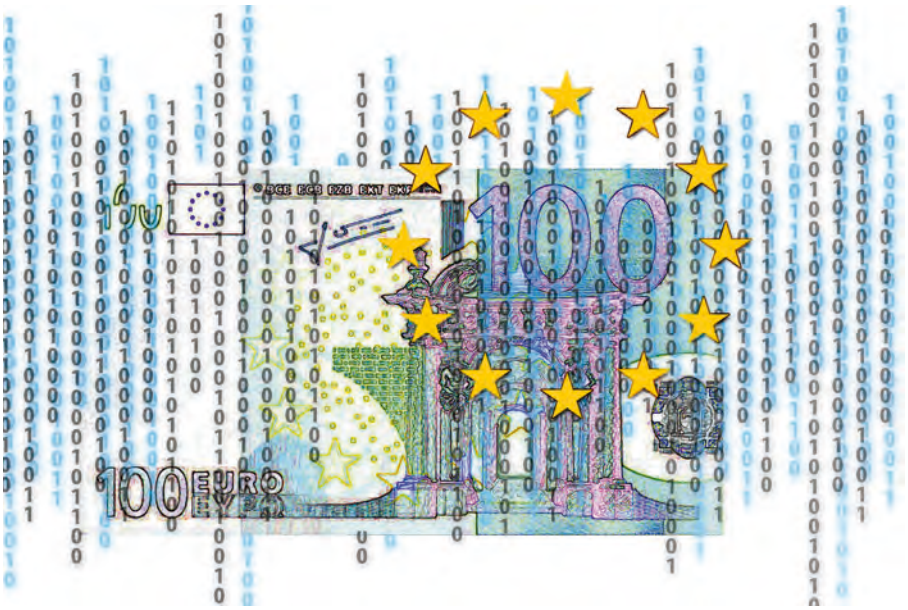
kende Erträge deren dringend benötigte finanzielle Flexibilität zur Finanzierung ihrer Digitalprojekte einschränken. Und ihr finanzieller Investitionsspielraum wird zusätzlich noch regulatorisch eingeengt. Vielmehr als die Großbetriebe müssen nämlich gerade kleine und mittlere Unternehmen ihr Eigenkapital durch einbehaltene Gewinne erhöhen. In vielen Fällen sind sie bei ihren Digitalisierungsvorhaben auf Bankkredite angewiesen, die den in Deutschland streng ausgelegten Eigenkapitalvorschriften von „Basel II“ und „Basel III“ unterliegen. Zudem sind viele Investitionen im Digitalbereich zur Besicherung von Bankkrediten nur bedingt geeignet, weil sie meistens speziell auf das Unternehmen zugeschnitten sind, vielfach einen geringen materiellen Investmentanteil aufweisen und durch den technologischen Fortschritt oft schnell an Wert verlieren.

Zusätzlich zur Finanzierungsproblematik bereitet auch der Fachkräftemangel für die kleinen Mittelstandsbetriebe häufig essenzielle Schwierigkeiten. Fest angestellte Mitarbeiter mit der für die Projekte nötigen Digitalkompetenz sind schwer zu finden und an den Betrieb zu binden, weil die Gehälter für IT-Fachkräfte mit Projekterfahrung im anspruchsvollen Bereich liegen und Großbetriebe attraktivere Angebote für die Karriereentwicklung in Aussicht stellen können. Je nach Komplexität des angestrebten Digitalisierungsgrades gestaltet sich auch die Mitarbeiterweiterbildung schwierig und der Dauereinsatz von EDV-Beratern bringt so manches Unternehmen an seine finanziellen Grenzen. Die angespannte Gesamtwirtschaftslage bewirkt ein Übriges: Viele mittelständische Unternehmensführungen konzentrieren sich wieder auf die Führung des Kerngeschäfts und schieben deshalb Digitalisierungsvorhaben auf, weil sie neben den Implementierungsrisiken durch die Projekte auch die operativen Kosten und Risiken des späteren Digitalbetriebs scheuen, vor allem dann, wenn die Transformation nicht einem vorher ausgearbeiteten unternehmensweiten Strategiekonzept folgt, das auch von den Mitarbeitern mitgetragen und -verantwortet werden kann. Sie fürchten die neue Komplexität, die digital organisierte Unternehmensprozesse hervorrufen, wie z. B. die strengeren Regeln der Datenschutz-Grundverordnung oder die erhöhten Anforderungen, die durch die Cybersicherheitsvorschriften entstehen. Viele fürchten auch den betrieblichen Totalausfall und den Reputationsverlust ihres Unternehmens im Falle eines Cyberangriffs und schieben das Thema Digitalisierung immer weiter vor sich her.

Digitalisierung als (Über-) Lebensversicherung

Gerade für die kleineren Unternehmen wird die digitale Transformation immer mehr zum Muss, weil mittlerweile alle Branchen - auch die vermeintlich technologiefernen Handwerks- und Landwirtschaftsbetriebe - davon betroffen sind. Personalabteilungen, Versicherungswesen, Beschaffungs- und Vertriebslogistik, Sales-Teams und Kundenkommunikationsstrukturen nutzen innovative digitale Technologien, um Prozesse und Strukturen, Vertrieb und Verwaltung effizienter zu gestalten. Durch die Digitalisierung entsteht ein neues dynamisches gesamt-

wirtschaftliches Ökosystem mit engen Kooperationsbeziehungen unter allen Marktteilnehmern, unabhängig von der Unternehmensgröße, dem sich so gut wie keiner mehr entziehen kann. Mobile Endgeräte, Industrie 4.0, Cloud Computing und künstliche Intelligenz sind die derzeitigen Megatrends, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft auf allen Ebenen prägen. Wenn hier die kleinen und mittleren Unternehmen den Anschluss verlieren, gerät unser Wirtschaftsgefüge in Gefahr.



Die Mittelstandsförderung als Muss der Wirtschaftspolitik

Auch heute noch ist der unternehmerische Mittelstand die wesentliche Stütze und Stabilitätsgarant unseres Wirtschaftssystems. Er umfasst 99,3 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, in denen knapp 54,4 % alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten angestellt sind, rund 33,7 % aller Umsätze erwirtschaftet werden, sowie rund 70,6 % aller Auszubildenden ausgebildet werden, wie das Institut für Mittelstandsforschung für das Jahr 2020 festgestellt hat. Die deutsche Wirtschaftspolitik und die der EU muss deshalb nicht nur die Großbetriebe fördern, sondern auch ihre Förderprogramme für Digitalprojekte in Mittelstandsunternehmen übersichtlicher und zugänglicher gestalten. Schließlich sind die Fördervolumina groß. Schon das EU-Programm „Digitales Europa“ fördert kleine und mittlere verteilt für kleine und mittlere Unternehmen insgesamt 95,5 Milliarden Euro, und die Förderdatenbank des Bundes listet allein unter dem Stichwort „Digitalisierung“ 528 Treffer.

Auch die MIT Baden-Württemberg könnte einen Beitrag dazu leisten. Als größte politische Wirtschaftsvereinigung mit rund 3000 Mitgliedern, würde schon die Einrichtung einer WhatsApp-Gruppe für unsere Mitglieder eine schnelle und unkomplizierte Hilfestellung im Erfahrungsaustausch bei Digitalisierungsprojekten bieten.

Die Herausforderung der digitalen Transformation bleibt nicht auf den Moment beschränkt. Sie wird auch kommende Unternehmergenerationen des Mittelstands beschäftigen und unsere Wirtschaftspolitik nachhaltig beeinflussen. ■

Dietrich Eberhardt,
dietrich.eberhardt@itrc.de

Automaten beten nicht

Fallen vollautomatisierte „Tante M“-Läden unter das Ladenöffnungsgesetz?

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

Die Digitalisierung bietet die Chance, unser (Arbeits-)Leben produktiver, einfacher und besser zu machen. Als Faustregel gilt: Je höher der Digitalisierungsgrad eines Unternehmens ist, desto mehr Potenzial gibt es für Effizienzsteigerungen durch eine Automatisierung von Arbeitsprozessen – vorausgesetzt, man lässt dies zu.

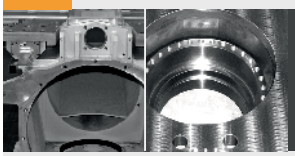
Ein aktuelles Beispiel hierzu betrifft die Frage der Zulassung sog. Automatenkioske“, d. h. vollautomatisierter Verkaufsflächen, die ohne Verkaufspersonal vor Ort in der Regel täglich – und damit auch sonntags – von 0 bis 24 Uhr ihre Waren feilbieten. Im Kern geht es darum, ob es sich bei solchen „Tante M“-Läden schlicht um Warenautomaten handelt, wie sie etwa an Bahnhöfen „24/7“ gang und gebe sind oder ob sie als Ladengeschäft eine Verkaufsstelle im Sinne der Ladenöffnungsgesetze der Bundesländer darstellen, für die entsprechende Restriktionen am Sonntag gelten. Der Sonntagsschutz hat dabei bei uns nicht nur eine große, bis ins Römische Reich zurückgehende Tradition, sondern auch eine verfassungsrechtliche Dimension: Denn über einen Verweis in Art. 140 Grundgesetz sind nach wie vor einzelne Artikel der Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 geltendes Verfassungsrecht, darunter auch Art. 139 WRV, wonach Sonntage als „Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt“ sind.

Die Frage, was darunter jedoch konkret zu verstehen ist, war schon mehrfach Gegenstand von Verfassungsgerichtsurteilen und beschäftigte auch den VGH Kassel in einer Entscheidung vom 22.12.2023 (Az. 8 B 77/22), in welcher er die sonntägliche Öffnung der vollautomatisierten „Teo“-Märkte der Supermarktkette tegut für unzulässig hielt. Zur Begründung führte er aus, dass „nicht nur der in der Verkaufsstelle tätige Arbeitnehmer, sondern auch der Rest der Gesellschaft“ unter den Schutzbereich des Sonntagsschutzes falle.

Bei näherer Betrachtung des verfassungsgerichtlich anerkannten Schutzzwecks der Sonntagsruhe erscheint diese Begründung allerdings wenig überzeugend. Das Bundesverfassungsgericht

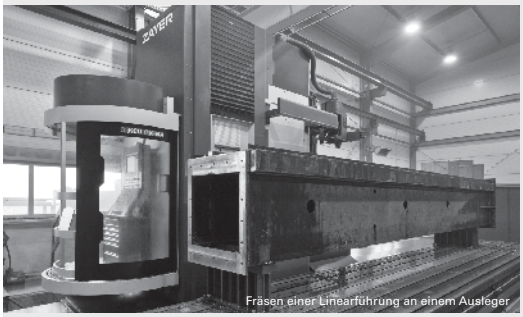
(BVerfG) interpretiert den grundgesetzlichen Sonntagsschutz zwar sowohl in subjektiver Hinsicht als ein Recht des Einzelnen auf Ruhetage und misst ihm zugleich auch in objektiver Hinsicht einen allgemeinen Schutzauftrag als Garant für ein soziales Zusammenleben und die Wahrnehmung von Grundrechten bei. Demnach ist auch der synchrone, „zeitliche Gleichklang einer für alle Bereiche regelmäßigen Arbeitsruhe ein grundlegendes Element für die Wahrnehmung der verschiedenen Formen sozialen Lebens“ (BVerfG v. 1.12.09 – 1 BvR 2857/07). Dies betreffe etwa Familien, gerade mit mehreren Berufstätigen, aber auch gesellschaftliche Vereine und Verbände, Gewerkschaften, Parteien und sonstige Vereinigungen. Denn die generelle Arbeitsruhe an ein und demselben Tag stelle für diese eine wichtige Rahmenbedingung dar, sich gemeinsam am „freien Wochenende“ zu engagieren und zu betätigen. Vor dem Hintergrund komme dem Sonntagsschutz letztlich auch eine „erhebliche Bedeutung für die Gestaltung der Teilhabe einer gelebten Demokratie zu“, so das BVerfG.

Das Besondere ist unsere Stärke



Unser Unternehmen ist im Bereich des Sondermaschinenbaus auf die Fertigung von Prototypen und Serien für verschiedenste Anwendungsbereiche des Stahlbaus spezialisiert. Im Fräsbereich bearbeiten wir Schweißkonstruktionen für sämtliche Industriezweige.

Präzision und Bearbeitungsqualität sind nicht nur das Anforderungsprofil unserer Kunden, sondern vor allem der Anspruch unseres Unternehmens.



Fräsen einer Linearführung an einem Ausleger

Fräsen und Schweißen von Maschinenteilen bis zu Abmaßen von

x= 10.000 mm
y= 3.000 mm
z= 1.500 mm

Montagefertige Herstellung von Maschinenbauteilen bis 10t.

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

BROBEIL maschinenbau

Brobeil GmbH&CoKG · Maschinenbau · Wolfgrubenstraße 7 · 88525 Heudorf · Tel 07371/9536-0 · www.brobeil-maschinenbau.de

Allerdings haben der subjektive wie auch der objektive Argumentationsstrang des BVerfG gemeinsam, dass es im Kern darauf ankommt, dass die „Geschäftstätigkeit in Form der Erwerbsarbeit, insbesondere der Verrichtung abhängiger Arbeit“ am Sonntag ruht. In der Anwaltschaft wird es in einer Rezension zum Kasseler Urteil gut auf den Punkt gebracht: „Es geht also darum, jedem Menschen seelische Erhebung nach seinem eigenen Gutdünken zu ermöglichen“ (Gewerbearchiv 2024, S. 348).

Sofern automatisierte Verkaufsstellen sonntags also komplett ohne Personal betrieben werden können, etwa durch rechtzeitiges Befüllen am vorherigen Werktag, steht aus meiner Sicht der – zu Recht in unserer Verfassung verankerte – Sonntagsschutz dem Betrieb nicht entgegen. Denn der Grund ist schlicht der: Automaten beten nicht, sie müssen sich nicht ausruhen, sie gehen nicht auf den Fußballplatz oder demonstrieren – und sie hindern auch andere nicht daran, dies zu tun. Eine vorherige Bestückung der Automaten bis zum Samstag sollte von der Praktikabilität her grundsätzlich kein Problem darstellen.

Hinzu kommt, dass dem Gesetzgeber bei der konkreten Ausgestaltung des Sonntagsschutzes ein Gestaltungsspielraum zusteht und außerdem auch der Automatenverkaufs durch die Unternehmer seinerseits grundrechtlich geschützt ist. Das Land Hessen verfolgt mittlerweile eine Gesetzesinitiative, die die durchgehende Öffnung von digitalisierten Kleinstsupermärkten an Sonn- und Feiertagen ermöglichen soll. Es wäre zu begrüßen, wenn andere Bundesländer, auch Baden-Württemberg, hier folgen würden, um einen Flickenteppich zu vermeiden, Rechtsklarheit zu schaffen und um damit mehr Automatisierung zu ermöglichen. ■

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL,
wolfgang.reinhart@cdu.landtag-bw.de

Krise hin oder her: Ohne Sichtbarkeit - keine Wirkung:

Warum Digitalisierung in der Kommunikation beginnt

Digitalisierung bedeutet nicht nur Software, Automatisierung oder Prozesse. Sie beginnt viel früher – bei der Art und Weise, wie Marken heute kommunizieren. Denn Kaufentscheidungen starten digital. Und wer dort nicht sichtbar ist, existiert für viele schlichtweg nicht.
Dabei gilt: Sichtbarkeit ersetzt keine Substanz. Erfolgreiche Markenkommunikation braucht ein starkes Fundament – aus Qualität, Authentizität und Empathie. Erst wenn Produkt und Haltung stimmen, kann digitale Sichtbarkeit ihre volle Wirkung entfalten.
Was erfolgreiche digitale Sichtbarkeit ausmacht:

- Klare Positionierung
  Wer nicht weiß, wofür er steht, bleibt unscharf – und austauschbar. Eine starke Positionierung schafft Relevanz und Wiedererkennung.
- Stimmiger Markenauftritt
  Einheitliches Design, konsistente Sprache und klare Botschaften erzeugen Vertrauen – intern wie extern.
- Empathie als Erfolgsfaktor
  Kunden, Mitarbeitende und Partner spüren, ob es „menschelt“. Empathie schafft echte Beziehungen und nachhaltige Markenerlebnisse.
- Qualität vor Lautstärke
  Sichtbarkeit wirkt nur, wenn das Produkt und der Service halten, was Kommunikation verspricht.
- Kanalstrategie mit Wirkung
  LinkedIn und andere Social-Media-Kanäle bieten enorme Potenziale – vorausgesetzt, Inhalte sind relevant, authentisch und strategisch aufbereitet.
- Corporate Influencer als Vertrauensanker
  Menschen folgen Menschen. Digitale Markenbotschafter aus dem eigenen Unternehmen machen Marken greifbarer und erhöhen die Glaubwürdigkeit.

Was nützen gute Produkte und Dienstleistungen, wenn man nicht sichtbar ist? Sichtbarkeit ist heute ein zentraler Treiber für Vertriebserfolg. Weil nur Sichtbarkeit zu sog. Leads (Kundenkontakten) führt. Wer in Digitalisierung investiert, sollte nicht nur an Tools denken – sondern an Kommunikation. Denn dort beginnt die Wertschöpfung. ■

Ihsan Khalil,
ik@neckarfreunde.de
neckarfreunde.de

MIT Bodensee

Podiumsdiskussion

v.l.n.r: Prof. S. Boerner, P. Jabs, R. Haller, C. Moog

Die MIT Mittelstands- und Wirtschaftsunion, zusammen mit der Zeppelin Universität und unterstützt durch den VdU Verband der Unternehmerinnen und der Frauenunion der CDU, hatten eingeladen zu einer Podiumsdiskussion „Frauen in Leitungsfunktion – gestern, heute, morgen". Die Zeppelin Universität (ZU) hatte mit dem Colsman Forum in Fallenbrunnen einen geeigneten Raum gestellt und die studentische Gruppierung „fem:ability" sowie die ZU-Eventmanagerin hatten vor Ort unterstützt.

Mit dieser Zusammenarbeit wollen die MIT und die ZU einen Beitrag leisten für eine weitere Integration der ZU in die Bodenseebevölkerung.

Gut besucht ergab sich eine Zusammensetzung des Publikums von ca. 70 % Frauen und 30 % Männern, also umgekehrt dem durchschnittlichen Verhältnis von Frauen in Leitungsfunktionen.

Neben einem Einführungsvortrag der Moderatorin Patricia Jabs (Steuer- und Unternehmensberaterin) über Erlebnisse als Frau in einer von Männern dominierten Berufswelt und einem Vortrag über „Female Leadership" durch Prof. Sabine Boerner (Lehrstuhl für Organizational Behavior, Universität Konstanz) entfachte sich eine lebhafte Diskussion zwischen dem Podium, dem neben beiden genannten Damen noch Romina Haller (CEO Haller Raumgestaltung) und Christine Moog (Geschäftsführerin Moog Brückenzugangstechnik) angehörten. An dieser Diskussion war das Publikum intensiv beteiligt und stellte neben Fragen viele eigene Beobachtungen aber auch Empfehlungen für die Gesellschaft und die Politik.

Trotz dem sogenannte „Female Leadership Gap" (nur 30 % aller Führungspositionen sind durch Frauen besetzt), dem „Gender Pay Gap" und davon, dass Frauen mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit in Care Work investieren, ist – so Frau Boerner – der Unterschied im Führungsstil zwischen Männern und Frauen im Durchschnitt relativ gering. Frauen zeichnen sich dabei durch mehr Empathie aus. Die sachlichen Randbedingungen einer Firmenführung, egal welcher Größenordnung, bestimmen aber hauptsächlich die Abläufe und auch das Verhalten.

Im Allgemeinen kultivieren Frauen eher ein professionelles Understatement, während sich Männer einfach „geil" finden (Boerner/Haas). Das weibliche Verhalten, bei bevorstehenden Aufgaben sich zu fragen, „kann ich dies überhaupt fachlich, sind meine persönlichen Randbedingungen dafür geeignet, gibt es andere, die besser wären als ich" werden vom Publikum bestätigt. Verwiesen wird auch darauf, dass die Tatsache, dass nur Frauen Kinder kriegen und in der Folge meist aus dem Berufsleben geworfen werden, dadurch Nachteile in Karriere und in Entgelt bis in die Rente hinein haben, nur durch gesellschaftliches Verhalten und durch die Politik geändert werden kann.

Übereinstimmend kommt der Rat, dass Frauen nicht versuchen sollten, die besseren Männer zu sein. Man brauche die Mischung und vor allem die kombinierten Fähigkeiten nicht nur des jeweiligen Geschlechts, sondern auch den Blick auf Alter, Qualifikation und grundsätzlich Diversität. Wichtig seien auch sichtbare Vorbilder gerade hinsichtlich der Vereinbarung von Karriere und Familie.

Mitnehmen werden auch die beteiligten Organisationen den Hinweis aus dem Publikum, dass es auch für Frauen wichtig ist, geeignete MentorInnen zu haben. ■

Hartmut Kräwinkel (Kreisvorsitzender),
info@mit-bodenseekreis.de,
mit-bodenseekreis.de

Vier Köpfe für den Mittelstand

CDU Mannheim nominiert MIT-Mitglieder für den Landtag

Lennart Christ
(Kandidat Mannheim I)

Jürgen Wolf
(Ersatzkandidat Mannheim I)

Sengül Engelhorn
(Kandidat Mannheim II)

Alexander Fleck
(Ersatzkandidat Mannheim II)

Mannheim umfasst gleich zwei Landtagswahlbezirke. Der Wahlkreis 35 (Mannheim I) umfasst hierbei die nördlich des Neckars gelegenen Stadtteile mit Ausnahme von Feudenheim, der Wahlkreis 36 (Mannheim II) die südlich des Neckars gelegenen Stadtteile und Feudenheim.

In zwei von außerordentlicher Harmonie geprägten Wahlkreisversammlungen nominierten die Mitglieder der CDU Mannheim für beide Wahlkreise ihre Kandidaten und Ersatzkandidaten für die kommende Landtagswahl 2026, bei der „die CDU wieder stärkste Kraft im Ländle und Manuel Hagel unser Ministerpräsident werden muss“, so der Mannheimer MIT-Kreisvorsitzende und Stadtrat Alexander Fleck.

Alle vier Kandidatinnen und Kandidaten haben etwas gemeinsam: Sie sind Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsunion. Gemeinsam treten sie für einen starken Mittelstand und eine Mittelstandspolitik mit Verstand an.

Im Mannheimer Norden treten Lennart Christ (Bachelor of Engineering) und Jürgen E. Wolf (Rechtsanwalt) als Duo an, im Süden das Tandem Sengül Engelhorn (Diplom-Betriebswirtin FH) und Alexander Fleck (Rechtsanwalt).

Wir wünschen den Kandidatinnen und Kandidaten viel Erfolg bei den anstehenden Wahlen und wünschen, dass beide Landtagswahlkreise für die CDU gewonnen werden. Denn: Mannheim und das Ländle haben die CDU verdient. ■

Alexander Fleck (Kreisvorsitzender),
alexander-fleck@t-online.de,
mit-mannheim.de

Bürokratieabbau - konkret

links: Alois Schmidt, Mitte: Ariane Spitzer, rechts: Dr. Alexander Ganter

Alle reden über Bürokratieabbau. Die MIT des Neckar-Odenwald-Kreises hat sich zum Ziel gesetzt, diesen pauschalen Begriff mit Leben zu füllen. Der erste Schritt führte den Vorstand zu den Firmen ASK Kunststoffe, Flexi-Floor und German Maestro nach Obrigheim sowie die zum Familienbesitz gehörende Firma Amco-Plast in Meschede -Sauerland.

ASK ist seit 2006 ein anerkannter und vielseitiger Lieferant für diverse Kunststoffgranulate mit Kunden in Europa und weltweit. Die Amco-Plast produziert Kunststoffteile für zahlreiche verschiedene Branchen, etwa Kaffeemaschinen, Toaster oder Mikrowellengeräte und in größerem Umfang Teile für Automobil-Hersteller. German Maestro fertigt Lautsprecher, Verstärker und Kopfhörer. Gemäß der Philosophie „alles aus einer Hand“ werden sämtliche Einzelteile selbst hergestellt. Beide Firmen exportieren ihre Produkte in die ganze Welt. Bei den Hochtönern, kleine Lautsprecher für hohe Töne, ist German Maestro weltweit führend. Firmeninhaber Alois Schmidt informierte die MIT-Vorsitzende Ariane Spitzer und Vorstandsmitglied Dr. Alexander Ganter über Auswüchse der Bürokratie.

Als kleines mittelständischen Unternehmen sei er darauf angewiesen, die Kosten „für alles, was nicht der Produktion dient“, möglichst niedrig zu halten, so Schmidt.

Ein Dorn im Auge ist ihm die jährliche Zertifizierung seines Betriebs. Das Zertifikat ist für vier Jahre gültig, muss aber in einem jährlichen Rhythmus durch eine kostenpflichtige Prüfung bestätigt werden. Ein

Audit in einem Rhythmus von zwei Jahren wäre ausreichend. Dies würde enorm Kosten und Arbeitsanfall sparen. Eine gesetzliche Pflicht für die Zertifizierung gibt es nicht. Wenn aber größere Unternehmen sich zertifizieren lassen, müsse er nachziehen. Sonst drohten ihm Nachteile am Markt. Hier wünscht er sich eine (europaweite) politische Regelung für kleine Betriebe, nach der der jährliche Rhythmus der Prüfung entfällt. Als kleiner Unternehmer ist Alois Schmidt nicht in der Lage, das am Markt etablierte Zertifikats(un)wesen zu ändern. Er ist auf die Unterstützung durch die Politik angewiesen.

„Berufsgenossenschaften haben durchaus ihre Berechtigung“, erklärt Schmidt. Was ihn stört, ist die Zwangsmitgliedschaft in einer bestimmten Genossenschaft, die dadurch eine Monopolstellung hat. Hier sollte der Gesetzgeber den Markt wie bei den privaten Krankenversicherungen öffnen und den Unternehmen die Möglichkeit geben, einer Berufsgenossenschaft ihrer Wahl beizutreten. Durch die so geschaffene Konkurrenzsituation erhofft er sich Beitragsverringerungen.

Wir setzen Ihre Maschine auf den Punkt.
Kierdorf & Söhne GmbH
kierdorf-soehne.de
Manfred Nagel
1/23/24
1/6
quer
im Satzspiegel
4c
bisherige Daten verwenden
>> kierdorf-soehne.de

Auch beim Sicherheitsbeauftragten gibt es Regelungsbedarf. Nach dem Gesetz ist bei Unternehmen mit regelmäßig mehr als 20 Beschäftigten ein Sicherheitsbeauftragter zu bestellen. In den Firmen von Alois Schmidt gibt es Arbeitsplätze in der Produktion, im Versand und im Büro. Für die jeweiligen Bereiche sind unterschiedliche Sicherheitsstandards einzuhalten. Dieser Aspekt wird im SGB VII, Artikel 1, § 22 nicht berücksichtigt. Die Regelung, nach der für Unternehmen mit geringen Gefahren für Leben und Gesundheit der Unfallversicherungsträger die Zahl 20 in seiner Unfallverhütungsvorschrift erhöhen kann (§ 22 Abs. 1), ist zu unbestimmt. Das Ermessen der Berufsgenossenschaften ist derzeit nur schwer nachprüfbar und deshalb durch bestimmte gesetzliche Vorgaben einzugrenzen. Zur Vermeidung überflüssiger Rechtsstreite zwischen Unternehmen und Berufsgenossenschaft könnte für diesen Punkt eine Schlichtungsstelle vorgesehen werden.

Das Gleiche gilt für den Betriebsarzt. Bei reinen Schreibtischtätigkeiten am Bildschirm sind andere Gesichtspunkte maßgebend als bei körperlichen Arbeiten. Insoweit sollte die Häufigkeit der arbeitsmedizinischen Untersuchung angepasst werden. Bei reinen Bürotätigkeiten kann die Wiederholung der Untersuchung auf bis zu fünf Jahren verlängert werden. Auch bei anderen Tätigkeiten kann für weitere Untersuchungen der Rhythmus verlängert werden. Das gilt insbesondere für Kleinbetriebe. Hier reicht es völlig aus, dem Unternehmer aufzugeben, bei wesentlichen Änderungen der Arbeitsabläufe den Betriebsarzt anzufordern.

Die Prüfung von Betriebsmitteln, wie Maschinen, Flurfördergeräten, Aufzügen muss ebenfalls ins Auge gefasst werden. Bei der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Verwendung von Arbeitsmitteln müsste auch die Größe des Betriebs berücksichtigt werden. Dass der Aufzug zur Beförderung von Produkten im Kleinbetrieb wesentlich weniger belastet wird als in großen Betrieben, liegt auf der Hand. Bei der Beförderung von Kopfhörern mit einem Gewicht von deutlich weniger als 50 Gramm liegt das beförderte Gewicht in einer gefüllten Aufzugskabine unter dem Gewicht einer Person.

Bei der Erstattung der Stromsteuer wird vom Betriebsinhaber eine Patronatserklärung verlangt. Falls die Voraussetzungen der Erstattung wegfallen und Rückforderungen entstehen, haftet der Betriebsinhaber persönlich. „Bevor ich mein Privatvermögen einsetze, verzichte ich auf die Erstattung. Und wenn es dann finanziell eng wird, melde ich Insolvenz an und schließe den Betrieb“, so Alois Schmidt. Hier ist ebenfalls eine Änderung der Vorschrift angezeigt.

Unbefriedigend ist auch der Kündigungsschutz. Bei Kleinbetrieben bis 10 Mitarbeiter ist eine Kündigung rechtlich einfach. Wenn drei Mitarbeiter im Büro arbeiten, eine Reinigungskraft und ein Hausmeister in Vollzeit beschäftigt werden, bleiben gerade fünf vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer für die eigentliche Produktion. Bereits ab dem sechsten Mitarbeiter in der Produktion greift der Kündigungsschutz. Auch hier ist es zum Schutz kleiner Familienbetriebe angezeigt, beim Kündigungsschutz auf die jeweiligen Tätigkeitsbereiche abzustellen.

Schließlich wies Alois Schmidt auf die Dokumentationspflicht in vielen Bereichen hin. Diesbezüglich müsse eingehend geprüft werden, welchen Zwecken die Dokumentation dient und ob dies sinnvoll und notwendig ist. Ein Beispiel hierfür ist die vierteljährliche Produktionserhebung im verarbeitenden Gewerbe nach dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG). Der Aufwand und die Kosten für den Unternehmer könnten deutlich verringert werden, wenn der Erhebungsrhythmus verlängert würde.

„Wir wünschen uns, dass die Politik die Bürokratie nicht von oben nach unten, sondern aus dem Blickwinkel der Unternehmen betrachtet“, so die Kreisvorsitzende Ariane Spitzer. ■

Dr. Alexander Ganter,
ganter.mos@web.de,
mit-neckar-odenwald.de

„Zeit, was Starkes zu starten!“

Manuel Hagel zu Gast beim 45. Kurpfälzer Frühschoppen

Willkommen beim Kurpfälzer Frühschoppen

„Grüß Gott und herzlich Willkommen“ begrüßte der Mannheimer MIT-Kreisvorsitzende und Stadtrat Alexander Fleck die Gäste beim 45. Kurpfälzer Frühschoppen des Mittelstandes auf dem Mannheimer Maimarkt. Dieser wird von der MIT Mannheim organisiert und vom BDS, der MIT Bergstraße, der Kreishandwerkskammer und dem Kreisbauernverband mitgetragen. Das Festzelt war mit rund 1.200 Gästen wieder bis auf den letzten Platz belegt.

Besonders herzlich hieß Fleck auch den diesjährigen Festredner willkommen: Manuel Hagel. „Lieber Manuel, ich bin Dir sehr, sehr dankbar, dass Du dieses Jahr wieder zu uns auf den Maimarkt gekommen bist. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Wenn Du das nächste Mal zu uns kommst, dann darf ich Dich sich sicherlich als unseren Ministerpräsidenten begrüßen“, orakelte Fleck.

Einzug in das Festzelt

Spargel als Gastgeschenk

Information im Blaulichtzelt

Hagel mit seinen Gastgebern, der MIT Mannheim

RCDRUCK.DE

Manuel Hagel begeistert volles Festzelt

Engagierte Rede von Manuel Hagel

BREINLINGER INGENIEURE

Ein Team.

Mit Leidenschaft.

Bauen.

breinlinger.de.

Neben der Begrüßung zahlreicher Ehrengäste ging Fleck noch kurz auf ein Grußwort der Gewerkschaften anlässlich des Tages der Arbeit ein. Dort wurde gefordert, gerade die Steuern zu erhöhen, die den Mittelstand belasten. Ebenso solle der Mindestlohn erhöht und die Arbeitszeit reduziert werden. Diesen Forderungen erteilte Fleck eine klare Absage. Mit 4-Tage-Woche und Work-Life-Balance um jeden Preis schade man Deutschland. Zudem solle man aufhören, den Sozialneid in Deutschland zu befeuern. Das beschädige nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Wirtschaft.

Danach folgte die mit Spannung und Neugierde erwartete Rede von Manuel Hagel. Er spannt gekonnt einen weiten Bogen von der Lokalpolitik über das Land bis hin zur Bundesebene. So wettert er z. B. gegen das Verbrennerverbot. Dies kommt in Mannheim

sehr gut an. Hier wurde schließlich von Carl Benz das Automobil erfunden und am 29. Januar 1886 zum Patent angemeldet. Auch seine Forderung, wieder mehr auf Ingenieure und Fachkompetenz zu hören statt auf grüne Ideologen, lässt lauten Beifall erklingen. Geschickt versteht es Hagel auch, die Mannheimer für sich zu gewinnen, indem er die zahlreichen Innovationen und den Vorbildcharakter der Stadt an Rhein und Neckar lobt. Den Erfindergeist, diesen „Mannheim-Spirit“, könne das ganze Land vertragen.

Der neue MVV-Chef Clemens (l) beim Rundgang

Als Hagel augenzwinkernd auf einen Unterschied beim Umgang mit Blaskapellen zwischen seiner Heimat Schwaben und der Kurpfalz einging, begeisterte er die Anwesenden. Ihm war aufgefallen, dass die Musikerinnen und Musiker im Mannheimer Festzelt lediglich Mineralwasser zu trinken bekamen. „Bei mir in Oberschwaben bekommt die Kapelle immer Bier und nicht nur Wasser. Deshalb lade ich Euch zum Bier ein. Und Alex zahlt...“

Brezelprinzessin empfängt die Festgäste

Fleck und Hagel (v.l.) freuten sich über die gelungene Veranstaltung

Traditionell erhält der Festredner am Ende der Veranstaltung einen Korb frisch gestochenem Mannheimer Spargel, ehe die Nationalhymne sowie das Badenerlied erklingt. „Und Manuel Hagel als Oberschwabe kennt den Text sogar auswendig,“ verkündete Fleck am Rednerpult und lud bereits jetzt zum 46. Frühschoppen am 03.05.2026 ein, der wahrscheinlich etwas „Bayerischer“ werde. „Bis dahin gibt es noch viel zu tun. Wir wollen schließlich die Landtagswahlen in Baden-Württemberg gewinnen und dafür kämpfen, dass alle Mannheimer CDU-Kandidaten in den Landtag einziehen. Schließlich sind die alle MIT-Mitglieder.“

Alexander Fleck (Kreisvorsitzender),
alexander-fleck@t-online.de,
mit-mannheim.de

Klartext mit Julian Reichelt

Schon Rechtspopulismus?

v.l.n.r: Julius Geier (JU-Vorsitzender KV Ortenau), Julian Reichelt, Ruth Baumann

Schon länger wusste man, dass sie stattfinden wird, und ihre kurzfristige Ankündigung erhöhte die Spannung. Am 11. Oktober 2024 wartete im Europapark in Rust sogar eine Sicherheitskontrolle auf die verwunderten Besucher. Der MIT-Bezirksverband Südbaden und die Junge Union des Ortenaukreises haben zu einer „Klartext-Veranstaltung“ mit Julian Reichelt eingeladen. „Klartext“ – das ist ein erfolgreiches Veranstaltungsformat der MIT-Südbaden, das den Teilnehmern politische Themen aus erster Hand, unverwässert und mitunter kontrovers präsentiert.

Ein umstrittener Auftritt

Schon die Ankündigung des Auftritts stieß jedoch auf geteilte Meinungen, sowohl innerhalb der CDU als auch in der Öffentlichkeit. Die Parteiführung in Südbaden distanzierte sich von der Einladung Reichelts. Kritiker werfen Reichelt vor, seine Plattform „Nius“ für populistische und spaltende Inhalte zu nutzen. Diese Kritik fand auch in sozialen Medien Widerhall, wo die Veranstaltung heftig diskutiert wurde. Interessanterweise wurde der Termin kurzfristig von der Website der CDU-Südbaden entfernt, was für zusätzliche Spekulationen und einen großen Medien- und Presseauftrieb sorgte, wohl in der Erwartung, dass in der Veranstaltung die Fetzen fliegen würden.

Ruth Baumann versteht die ganze Aufregung um Julian Reichelts Auftreten nicht. „Wir wollen allen zuhören, wir wollen die Menschen zum Denken anregen!“ sagte die MIT-Bezirksvorsitzende für Südbaden, im „Südwest Aktuell“ - Magazin des SWR. Und unaufgeregt verlief dann auch die Veranstaltung. Der ehemalige „Bild“- Chefredakteur trug seine durchaus dezidierten Ansichten zu den gesellschaftspolitischen Themen Islamisierung, Meinungsfreiheit, Trusted Flaggers, Grüner Machtanspruch und öffentliche Medien vor und stellte sich danach der interessanten Diskussion mit dem Publikum. Reichelts Auftritt war vor allem eines nicht: Eine Plattform für einen „Hetzkanal“, wie es ein Sprecher der CDU-Parteiführung vorab vollmundig verkündet hat. Die Kontroversen rund um Reichelts Einladung und die Veranstaltung zeigen deutlich, wie unterschiedlich und vielfach schablonenhaft die Meinungen innerhalb der Parteistrukturen sind und welche Widerstände es gegen bestimmte öffentliche Auftritte gibt.

v.l.n.r: Daniel Hackenjos, Albrecht Geier, Bastian Atzger, Ruth Baumann, Madline Gund, Julius Geier

Hofiert die Mittelstandsunion einen Rechtspopulisten?

Julian Reichelt polarisiert die Öffentlichkeit wie kaum ein anderer deutscher Medienmacher. Kritiker werfen ihm oft vor, rechtspopulistische Positionen zu vertreten, während seine Unterstützer ihn als Anwalt der Meinungsfreiheit und unbequeme Stimme in einer zunehmend politisch homogenen Medienlandschaft sehen. Doch ist es gerechtfertigt, ihn in die Kategorie des Rechtspopulismus einzuordnen?

Meinung statt Ideologie

Ein entscheidender Punkt ist die klare Trennung zwischen populistischen Methoden und einer tatsächlich rechtspopulistischen Agenda. Reichelt hat sich in der Vergangenheit immer wieder kritisch zu Themen wie Migration, Corona-Maßnahmen und staatlicher Bürokratie geäußert. Diese Kritik ist jedoch nicht automatisch rechtspopulistisch, sondern häufig journalistisch motiviert. Journalismus lebt von Zuspitzung und Kritik, und Reichelt bedient sich hierbei einer rhetorischen Schärfe, die polarisiert – ähnlich wie es andere Journalisten unterschiedlicher politischer Ausrichtungen tun.

Kein konsistentes ideologisches Muster

Rechtspopulismus zeichnet sich durch eine klare ideologische Ausrichtung aus: nationale Abschottung, autoritäre Werte und eine ausgeprägte „Wir gegen die“-Rhetorik. Reichelt jedoch vertritt kein konsistentes ideologisches Programm, sondern nimmt vielmehr Positionen ein, die sich punktuell sowohl mit konservativen als auch liberalen Überzeugungen überschneiden. So äußerte er etwa Kritik an staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft, einem typischen liberalen Standpunkt, während er sich gleichzeitig für die transatlantische Partnerschaft starkmacht – eine Haltung, die rechtspopulistische Akteure oft ablehnen.

Kritik an allen Seiten

Ein weiteres Argument gegen die rechtspopulistische Einordnung ist Reichelts Bereitschaft, nicht nur „linke“ oder progressive Positionen zu kritisieren, sondern auch konservative Akteure ins Visier zu nehmen. Seine Angriffe auf An-

Nutzen Sie die Chancen der Virtualisierung

flexibel, herstellerunabhängig - vom Desktop bis zum Datacenter
mit dem richtigen Technologiepartner für Virtualisierung und IT-Management

virtualizationcenter.de

Hellmer & Triantafyllou Computer-Systeme GmbH
Dornierstr. 30 | 73730 Esslingen | Tel. 07 11 - 93 18 93-0 | Fax 07 11 - 93 18 93-17

Member of cpn

Julius Geier

gela Merkels Flüchtlingspolitik wurden medial breit diskutiert, doch gleichzeitig übte er auch Kritik an Friedrich Merz und Markus Söder. Diese Vielseitigkeit deutet auf eine journalistische Unabhängigkeit hin, die sich nicht in das starre Raster rechtspopulistischer Agitation einfügt.

Reaktion auf gesellschaftliche Realitäten

Reichelt spiegelt mit seiner Arbeit auch gesellschaftliche Stimmungen wider, die von Unzufriedenheit mit etablierten politischen Strukturen geprägt sind. Seine Zuspitzungen sind oft ein Ventil für eine Leserschaft, die sich in den etablierten Medien nicht repräsentiert fühlt. Solange diese Meinungsäußerungen im Rahmen der demokratischen Grundordnung bleiben, gehören sie zur Meinungsvielfalt in einer pluralistischen Gesellschaft – auch wenn sie provokant oder unbequem sind.

Das Recht auf Provokation

Provokation und Zuspitzung sind zentrale Elemente des Journalismus, vor allem im Boulevardbereich. Reichelt mag rhetorisch hart und oft grenzüberschreitend auftreten, doch seine Äußerungen fallen nicht eindeutig in die Kategorie des Rechtspopulismus. Vielmehr bedient er sich journalistischer Stilmittel, die vor allem darauf abzielen, Debatten anzustoßen und Aufmerksamkeit zu generieren.

Fazit

Julian Reichelt mag ein umstrittener Journalist sein, doch ihn als rechtspopulistisch zu bezeichnen, greift zu kurz. Seine Positionen und Arbeitsweise sind komplexer, als eine solche Einordnung nahelegt. In einer polarisierten Medienlandschaft ist es wichtig, zwischen Meinung, Provokation und tatsächlicher Ideologie zu differenzieren. Reichelt ist kein Rechtspopulist, sondern ein scharfer Kritiker – und das ist in einer Demokratie erlaubt.

Julian Reichelt

Die Mittelstandsunion in Baden-Württemberg bildet unsere gesellschaftliche Vielfalt ab und beruft sich auf die soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Damit fördert sie die sozialpolitische Verantwortung des mittelständischen Unternehmertums und sorgt mit ihren „Klartext"-Veranstaltungen für die Meinungsvielfalt innerhalb des Politikbetriebs, um extremistische Meinungen auf der linken aber auch auf der rechten Seite einzudämmen. ■

MIT Südbaden,
info@mitsuedbaden.de,
mitsuedbaden.de

Manche Abende bleiben im Gedächtnis – dieser war definitiv einer davon

Die MIT Göppingen durfte kürzlich hinter die Kulissen des VfB Stuttgart blicken und erlebte einen rundum gelungenen Abend in der frisch umbenannten MHP-Arena. Was als informative Stadionführung begann, entwickelte sich schnell zu einem echten Highlight – mit exklusiven Einblicken, spannenden Begegnungen und einem köstlichen Abschluss beim gemeinsamen Essen.

Hinter den Kulissen des VfB Stuttgart

Schon beim Betreten der Arena lag eine besondere Atmosphäre in der Luft. Die Führung führte uns durch Bereiche, die

DERICHS WEILER
UMZÜGE LAGERUNG SERVICES
Kolumbusstr. 13 · 71063 Sindelfingen
Telefon: 07031 81 70 8-0
info@derichsweiler.com
www.derichsweiler.com

sonst nur Spielern und Offiziellen vorbehalten sind: Mixed Zone, Kabinen, Spielertunnel – und natürlich direkt an den Rasen, wo Woche für Woche Bundesliga-Geschichte geschrieben wird.
Unser Guide wusste nicht nur mit Zahlen und Fakten zu überzeugen, sondern auch mit spannenden Anekdoten rund um den VfB und das Stadion. Die Begeisterung war in jeder Ecke der Gruppe spürbar – denn wann hat man schon die Gelegenheit, den VfB so hautnah zu erleben?

Überraschungsgäste sorgen für Gänsehaut

Ein besonderes Highlight wartete mitten in der Führung: zwei prominente Überraschungsgäste aus der VfB-Familie! Mit großer Offenheit und Humor standen sie uns Rede und Antwort, schrieben Autogramme und ließen sich für Erinnerungsfotos nicht lange bitten.
Dieser direkte Kontakt mit echten Vereinsikonen machte den Abend für viele unvergesslich – und brachte die Herzen der VfB-Fans (und selbst der neutraleren Gäste) zum Höherschlagen.

Kulinarischer Ausklang in geselliger Runde

Nach so vielen Eindrücken durfte natürlich auch das leibliche Wohl nicht zu kurz kom-

men. In einem stimmungsvollen Ambiente stärkten wir uns gemeinsam bei einem leckeren Essen – ein wunderbarer Ausklang für einen ereignisreichen Abend.
Die lockere Atmosphäre, gute Gespräche und das Gefühl von Gemeinschaft machten diesen Teil des Abends fast genauso wertvoll wie den Stadionbesuch selbst. Genau das, was die MIT Göppingen ausmacht: Austausch, Begegnung und gemeinsame Erlebnisse.

Unser Fazit:
Rundum gelungen!

Ein großes Dankeschön geht an den VfB Stuttgart und das Team der MHP-Arena für die Gastfreundschaft und perfekte Organisation – sowie an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die diesen Abend so besonders gemacht haben. ■

Hans-Jörg Andonovic-Wagner,
info@mit-gp.de,
mit-gp.de

SCHWEPA
Schwarzwälder Edelputzwerk GmbH

Schwarzwälder Edelputzwerk GmbH

Industriestraße 10
77833 Ottersweier

Telefon +49 7223 / 9836-0
Fax +49 7223 / 9836-90
E-Mail info@schwepa.com

www.schwepa.com

Klartext zu Schwarz-Rot im Bund

Wir wollten doch stolz sein...

Dr. Bastian Atzger, Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

„Ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können“, so lautete eine Überschrift aus dem Bundestagswahlkampf der CDU. Grundelemente waren der Erhalt der Schuldenbremse, die sofortige Abschaffung des Heizungsgesetzes und der Stopp der illegalen Migration. Selbst noch kurz nach der Wahl kam der längst überfällige Vorstoß gegen die größten Feinde der demokratischen Willensbildung: Die NGOs. All dies gab uns noch Hoffnung.

Kaum jedoch war die Wahl gewonnen und der Schrecken über das (erwartbare, aber von der CDU nicht erwartete) Ergebnis von 28,6 Prozent (statt „33 Prozent plus x“) verflogen, zeigte sich das wahre Gesicht dieser CDU: Es wurde noch mit den Mehrheiten des abgewählten Bundestags ein beispielloses Schuldenpaket beschlossen, die Abschaffung des Heizungsgesetzes wurde noch vor Eintritt in die Koalitionsverhandlungen aufgegeben und massivste Bestandteile der grünen Agenda wurden ohne Notwendigkeit in den Sprachgebrauch der CDU übernommen. Eine skandalöse Ohrfeige – nicht nur ins Gesicht der Wähler, sondern auch aller Wahlkampfhelfer und Spender. Man hat den Eindruck, dass sich nur die Köpfe, aber nicht die Inhalte verändern.

CDU nicht mehr die Partei der Marktwirtschaft

Schlimmer noch, vor der Wahl tönte Merz: „Links ist vorbei. Jetzt werden wir wieder Politik für die Mehrheit machen und nicht für irgendwelche grünen und linken Spinner“. Nach der Wahl verhöhnte er seine Wähler, indem er in grüne Rhetorik verfiel, dass man „natürlich das CO2 verteuern“ werde und dann den Bürger „über den Preis“ erziehe. Dies entlarvt nicht nur ein unfassbar despektierliches und unchristliches Menschenbild, sondern auch ein gefährliches politisches Weltbild. Natürlich muss der Markt entscheiden, aber nicht verzerrt durch staatliche Eingriffe und gewollte Spekulation. Das hat nichts mit Marktwirtschaft zu tun.

Apropos Menschenbild – was Merz mit seinem unqualifizierten Kommentar

meinte, war: Wer sich die die künstlich geschaffenen und überteuerten CO2-Preise nicht leisten kann, der soll eben sein Auto oder sein Haus verkaufen und in eine kleine Wohnung umziehen. Interessanterweise gilt das mit der CO2-Einsparung für Politiker offenbar nicht. Die vom Steuerzahler bezahlte Dienstwagenflotte bleibt, Diäten werden angepasst und grüngewaschene EU-Parlamentarier gönnen sich den Luxus zwischen zwei Parlamenten zu pendeln – sicher nicht mit abgasfreien Fliegern. Und diese Leute wollen uns anleiten und wagen es, uns zu belehren.

Gesundes Misstrauen sollte sein

Politiker stellen sich in Versammlungen, Sitzungen und TV-Shows immer gerne als unfehlbar, informiert und fürsorglich da. Wenn die persönliche Expertise fehlt, wird jedem Satz noch ein Framing vorangestellt (z. B. „ich als Wirtschaftspolitiker…“). Dass man für so eine Bezeichnung keine Kompetenzen besitzen muss, sieht man schon am ständigen Fachgebietswechsel. So glauben die staatlich Alimentierten irrig, nur sie wüssten alle Fakten und wohin man gehen muss.

„We the people“ steht am Anfang der US-amerikanischen Verfassung. Hierzulande nicht und dies scheint Politikern Grundlage genug zu sein, um sich nicht am Wählerwillen orientieren zu müssen, ja, diesen nicht einmal zu respektieren. Hierzu passt es wunderbar, dass Friedrich Merz bereits auf die 2,8 Billionen Euro auf privaten Spar- und Girokonten der Bürger blickt. Wer also kann, der sollte dringend seine Werte abseits des Zugriffs der EU deponieren.

Denn Achtung: Im Namen der Geldwäschebekämpfung werden nun alle Bürger unter Generalverdacht gestellt. Nicht nur, dass der Staat in die Freiheit der Menschen eingreift und Überweisungen ab 10.000 Euro überwachen und speichern will, es sollen nun auch Vermögen überwacht werden. Der CDU-SPD-Koalitionsvertrag weist explizit auf das Ziel hin, „verdächtige Vermögensgegenstände von erheblichem Wert sicherzustellen, bei denen Zweifel an einem legalen Erwerb nicht ausgeräumt werden können.“ Bestehende Vermögenseinziehungsinstrumente sollen „fortentwickelt“ werden. Welche Vermögenswerte verdächtig sind, entscheidet natürlich der Staat. Das kann Großmutters ererbtes Diamantarmband sein, für das sie keine Quittung mehr hat, oder auch Vaters Porsche, denn diese dreckige CO2-Schleuder ist ja per se verdächtig.

CDU beteiligt sich an der Abschaffung der Kultur

Früher machten wir uns darüber lustig, dass der Staat eines Tags noch die Luft besteuert. Mit der absurden CO2-Bepreisung hat es der Staat mittlerweile realisiert – und das bei einem CO2-Anteil Deutschlands von ca. 1,4 Prozent und einem menschlichen Anteil von 4 Prozent am Gesamt-CO2, das jährlich entsteht. Aber die Propaganda durch linksgrüne Parteien und NGOs hat sich offenbar auch in CDU-Gehirnen festgesetzt – oder zumindest die Erkenntnis, dass man mit diesem wirren Klimahoax wunderbar Leichtgläubigen und Bildungsfernen das Geld aus der Tasche ziehen kann. Der Vorschlag aus Wiesbaden, eine zusätzliche Wasserverbrauchsteuer einzuführen, dürfte auf demselben wirren Gedankengut fußen.

Neben der wissenschaftsfeindlichen Klima-Agenda werden aber auch an anderen Stellen Fakten gebogen und versteckt. Bestes Beispiel hierfür ist die Kriminalstatistik. Meist werden von Politik und Medien nur Gefahren von rechts thematisiert, selbst im Koalitionsvertrag ist Linksextremismus nur eine kurze Erwähnung wert. Frauen gehen aber meist nicht aus Angst vor AfD-Wählern ungern durch den Park, sondern nicht zuletzt wegen manch unrühmlichem Vertreter unserer neuen Gäste. Dass dies keine Einbildung, sondern Fakt ist, musste selbst Nancy Faeser eingestehen. So haben Übergriffe

GENTHNER
SystemTechnologie

• Feinmechanische Präzisionsteile
- CNC Fräsen
- CNC Drehen
• komplexe Baugruppen- und Gerätefertigung

Leidenschaft für Präzision

GENTHNER SystemTechnologie begleitet seine Kunden vom Prototypen über die Großserie bis hin zum Ersatzteil und ist Systemlieferant von Spitzenherstellern im gehobenen Marktsegment der Medizintechnik.

Profitieren Sie von unseren hochwertigen Fertigungseinrichtungen, umfangreicher Qualitätstechnik sowie unserer langjährigen Erfahrung.

GENTHNER SystemTechnologie GmbH
Gewerbestraße 40
75217 Birkenfeld-Gräfenhausen
Tel. +49 7082 79182-0 · info@genthner.com

www.genthner.com

von Ausländern massiv zugenommen und unter dem deutschen Anteil finden sich zunehmend muslimische Vornamen. Wenn man dann noch weiß, dass antisemitische Straftaten ohne ermittelten Täter automatisch dem rechten Spektrum zugeordnet werden, ist das Bild vollständig. Doch gerade diese Verzerrung im Sinne der Political Correctness ist Wasser auf die Mühlen von Extremismus und Ausländerhass. Die CDU hätte hier einiges tun können, nun mischt sie bei links mit und treibt die AfD an, statt sie zu halbieren.

Politischer Wandel sieht anders aus

Das Verhalten der CDU zeugt oftmals von geringer Wertschätzung gegenüber ihren Mitgliedern. Wer blind mitmacht und schweigt, der kann sich – auch ohne besonderen Lebenslauf (oder idealerweise ohne selbigen) – Hoffnungen auf ein Pöstchen machen. Wer aber denkt, diskutiert und skeptisch hinterfragt, der ist verdächtig. Das gilt besonders, wenn die Parteiführung willkürliche inhaltliche Haken schlägt. So stellte Friedrich Merz noch vor der Wahl spürbare Entlastungen für den Mittelstand in Aussicht, die er nach der Wahl mit Sätzen wie „man kann die Wirtschaft sanieren auch ohne Steuern zu senken“ wieder relativierte.

Die CDU hat einen politischen Aufbruch versprochen und einen inhaltlichen wie intellektuellen Einbruch fabriziert. Mit dem eigentlichen Wirtschaftsfachmann Merz hat sie die letzten Bande zur Erhard’schen Sozialen Marktwirtschaft gekappt und dessen „Wohlstand für Alle“ ins Gegenteil verkehrt. Leider wurde diese Wende auch von einigen MIT-nahen Politikern unterstützt. Das hat bei mir den Eindruck hinterlassen, dass für sie in diesem Moment die Grundwerte des Mittelstands – und sogar einfache Fakten und fundamentale Wahlversprechen – keine große Rolle spielten. Dass sich einige von ihnen zusätzlich bemüßigt fühlten, ihr unerwartetes Verhalten in schriftlichen Erklärungen zu rechtfertigen, hat mich in meiner Meinung nur bestärkt.

Leider brauchen wir auch nicht auf Hilfe von außen zu warten, denn die nächste Bundesregierung wird ohne Opposition sein. Sie wird bei den wichtigen Fragen für Deutschlands Zukunft lieber einen Konsens mit den weltfremden Grünen suchen, anstatt das Risiko einzugehen, dass Mehrheiten mit der AfD entstehen. Das Ganze wird dann beklatscht von einem voreingenommenen ideologischen Öffentlichen Rundfunk, dessen Hauptaufgabe der Moderne nur noch die zu sein scheint, den Gebührenzahlern für einseitige Propaganda immer höhere Zwangsgelder aus den Rippen zu schneiden. An dessen Seite stehen NGOs, die entweder ihre Personalkosten vom Steuerzahler finanzieren lassen, Boote und Flugzeuge mit Flüchtlingen nach Deutschland organisieren oder vermeintliche Klimaprojekte in China oder Peru mit Steuergeld finanzieren. Zwei gewaltige Einflussgrößen, der eine bürgerliche Mehrheit schon morgen den Geldhahn zudrehen könnte. Aber auch hier steht das richtige Pöstchen vor richtigem Handeln. Dass dann noch ein Jens Spahn anstatt vor einem Untersuchungsausschuss vor der Übernahme der Fraktion steht, ist genauso bezeichnend wie die Aussage Wadephuls, Russland würde „immer ein Feind für uns bleiben“. Was ist denn das bitte für eine Denkweise?

Einheitsmeinung statt Pluralität

Die CDU war schon zu allen Zeiten die Partei der Quoten und des Proporzes. Früher jedoch war man darauf bedacht, dass neben Herkunft und Geschlecht auch die verschiedenen Flügel abgebildet waren, also zum Beispiel Unternehmergeist mit Arbeitnehmervertretern an einem Tisch. Dies sorgte dafür, dass in einer Volkspartei allen Strömungen Rechnung getragen wurde. Heute ist diese qualitative und kompetenzorientierte Komponente vergessen und

es genügt, die Gruppenzugehörigkeit zu besitzen. Fach- und Sachkompetenz sind nicht vonnöten.

Dies führt dann jedoch zu zwei Entwicklungen: Zum einen gibt es immer weniger Sachverstand an zentralen Stellen der Partei, zum anderen wird die zu vertretende Meinung in steigendem Maße von oben vorgegeben. In Sitzungen werden strittige Themen bereits mit klarer Richtungsvorgabe angerissen, gefolgt von einseitigen und bestellt wirkenden Wortmeldungen, um Zweifler und Andersdenkende gleich im Ansatz verstummen zu lassen.

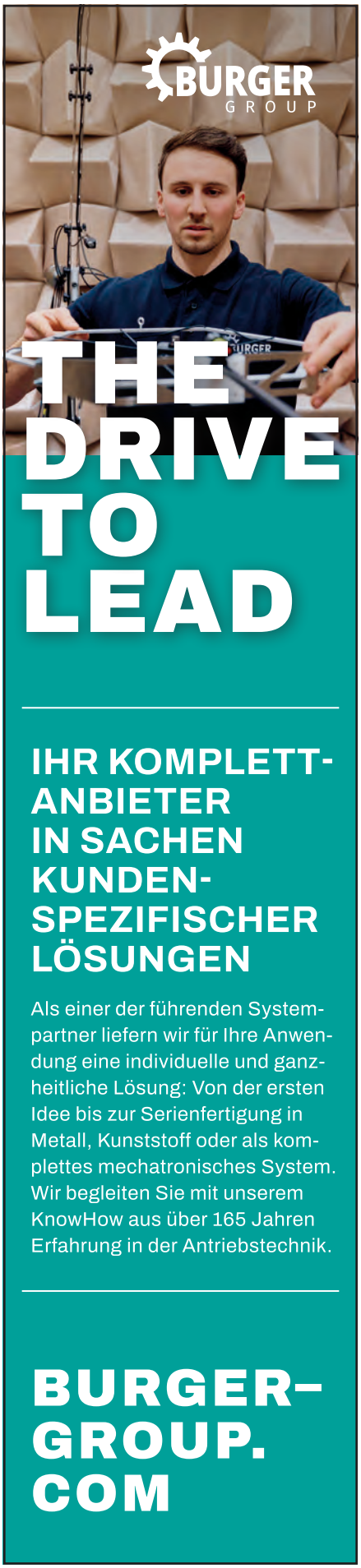
Freiheit oder Duckmäusertum

Ich gebe es zu: Ich schäme mich, dass ich Friedrich Merz unterstützt und für diese CDU Wahlkampf gemacht habe. Dem Wähler, der Merz geglaubt hatte, kommt sein Vertrauen in die CDU nun teuer zu stehen. Er bekommt genau das Gegenteil von dem, was er gewählt hat. Dank eines egogetriebenen Parteivorsitzenden und seinem getreuen Anhang werden wir bald weniger frei sein und weniger Wohlstand besitzen – und wir dürfen uns auch nicht mehr darüber beklagen. Denn laut Koalitionsvertrag soll auch die Meinungsfreiheit deutlich eingeschränkt werden, sogar unter die Definition des Bundesverfassungsgerichts von 2011. Somit heißt es entweder ruhig sein und bezahlen, oder mutig sein und handeln.

Ich habe mir den Ausspruch eines Landesvorstandsmitglieds zum Motto gemacht: Ich lasse mich nicht anlügen und ich lasse mich nicht intellektuell beleidigen. Daher muss sich jetzt besonders jedes MIT-Mitglied fragen, ob es brav applaudiert und folgt, oder ob es selbst denkt und handelt. Es muss sich fragen, ob es den wechselnden Parolen aus dem Vorstandsbüro gehorcht, oder ob es sich lohnt für Vernunft, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit zu kämpfen. Und es muss sich entscheiden, ob es sich von Friedrich Merz und den seinen umerziehen lassen oder eigenverantwortlich und frei sein will.

Meine Entscheidung in diesen drei Fragen ist klar. Ich halte es mit Konrad Adenauer und somit gegen die derzeitige CDU-Spitze: Ich wähle die Freiheit. Denn Artikel 2 Abs. 1 und Artikel 20 sind nicht nur Rechte, sondern jedermanns Pflichten. Und wie sieht Ihre Entscheidung aus?

Dr. Bastian Atzger,
atzger@mit-lvbw.de,
mit-bw.de



„Ich bin neu in der MIT, weil …

„… der Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft ist – und ich ihn politisch und gesellschaftlich stärken will.“

Sengül Engelhorn, Diplom-Betriebswirtin
Gemeinderätin der
CDU-Fraktion Mannheim
MIT Mannheim

„… der Mittelstand das Rückgrat und wirtschaftlicher Motor dieses Landes ist.“

Patricia Krietsch
Strategische Einkäuferin für Elektronik
MIT Karlsruhe-Land

KÄRCHER
TRESORBAU

TRESORE FÜR PRIVAT UND GEWERBE
DIREKT VOM HERSTELLER

Kärcher Tresorbau GmbH + Co. KG
Gmünder Str. 8, 75181 Pforzheim
Tel. (07231) 96 39 90 - 0
www.Kaercher-Tresorbau.de

Nach dem Abitur in Mannheim hat Sengül Engelhorn hier Betriebswirtschaft studiert und anschließend in Frankreich weiter studiert und gearbeitet.

Heute engagiert sie sich als Gemeinderätin in Mannheim und kandidiert für den Landtag.
Als Mitglied einer mittelständischen Unternehmerfamilie liegt ihr wirtschaftliche Verantwortung besonders am Herzen.

Frau Engelhorn ist verheiratet, hat drei Kinder und bringt ihre Erfahrungen aus Familie, Politik und Wirtschaft engagiert in die MIT ein. ■

Sengül Engelhorn,
Senguel.Engelhorn@Mannheim.de

Patricia Krietsch arbeitet als strategische Einkäuferin für Elektronik und beschäftigt sich täglich mit den Herausforderungen globaler Lieferketten, technologischem Fortschritt und wirtschaftlicher Resilienz.

Ihre berufliche Laufbahn begann mit einer Ausbildung am KIT Campus Nord in Karlsruhe, seit über 20 Jahren ist sie im Einkauf in kleinen und mittelständischen Unternehmen tätig.

Nebenberuflich engagiert sich Frau Krietsch in politischen Netzwerken und für die Stärkung mittelständischer Strukturen. In ihrer Freizeit interessiert sie sich für gesellschaftliche Entwicklungen, Zukunftspolitik und Zukunftstechnologien. ■

Patricia Krietsch,
p.krietsch@polytec.de

MITdenken – MITmachen – MIT Baden-Württemberg

Liebe Mitglieder der MIT Baden-Württemberg,

haben Sie Lust, sich aktiv an der Themenfindung und Antragstellung für unsere zukünftigen Projekte zu beteiligen? Ihre Meinung ist uns wichtig und wir möchten sicherstellen, dass Ihre Anregungen und Vorschläge in unsere Arbeit einfließen.

Ab sofort haben Sie die Möglichkeit, jederzeit und unkompliziert über eine digitale Umfrage Ihre Ideen und Anliegen einzubringen. Den entsprechenden Link finden Sie hier: **mit-bw.de/mitarbeit**

Bitte nutzen Sie Ihre Mitgliedervorteile und teilen Sie uns mit, welche konkreten Maßnahmen und Forderungen der Mittelstand jetzt aus Ihrer Sicht angehen sollte. Sagen Sie uns wo für Sie, in Ihrem Unternehmen, politische Veränderungen notwendig sind und für welche Forderungen die MIT in Europa, dem Bund und dem Land stehen sollte.

Der MIT-Landesvorstand wird die eingereichten Themen regelmäßig diskutieren und das weitere Vorgehen abstimmen. Ihre Beiträge sind somit eine entscheidende Säule für die Gestaltung unserer politischen Arbeit.

MIT Baden-Württemberg,
info@mit-bw.de,
mit-bw.de

Landesmittelstandstag

12. Juli 2025
Stadthalle
Hechingen

MIT BADEN-WÜRTTEMBERG

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG

ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN

SAMSTAG, 12. Juli 2025

10.00 Uhr Beginn der Tagung

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung
Grußwort
Philipp Hahn
Bürgermeister Hechingen

TOP 2 Regularien
2.1 Wahl des Tagungspräsidiums
2.2 Beschlussfassung über die Tagesordnung
2.3 Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
2.4 Bestätigung der Antragskommission
2.5 Wahl der Mandatsprüfungskommission
2.6 Wahl der Stimmzählkommission

TOP 3 Gedenken der verstorbenen Mitglieder

TOP 4 Berichte
4.1 Bericht des Landesvorsitzenden
4.2 Bericht des Landesschatzmeisters
4.3 Bericht der Rechnungsprüfer

TOP 5 Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 6 Aussprache über die Berichte

TOP 7 Entlastung des Landesvorstandes

TOP 8 Antragsberatung
8.1 Anträge zur Änderung der Satzung und Finanzordnung

TOP 9 Grußwort
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
Baden-Württemberg

MITTAGESSEN

Gäste sind herzlich willkommen. Wir bitten um vorige Anmeldung.

TOP 10 Wahl des Landesvorstandes
10.1 Wahl der/des Landesvorsitzenden
10.2 Wahl der stv. Landesvorsitzenden
10.3 Wahl der/des Landesschatzmeisterin/s

TOP 11 Grußwort
Gitta Connemann MdB
Bundesvorsitzende der MIT

TOP 12 Wahl des Landesvorstandes
10.4 Wahl der/des Schriftführers/in
10.5 Wahl der/des Pressesprecherin/s
10.6 Wahl der/des Internetbeauftragten
10.7 Wahl der/des Mitgliederbeauftragten

TOP 13 Grußwort
Manuel Hagel MdL
Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion
von Baden-Württemberg

TOP 14 Wahl des Landesvorstandes
10.8 Wahl der Beisitzer
10.9 Wahl der Rechnungsprüfer

TOP 15 Ehrungen

TOP 16 Antragsberatungen
8.2 Anträge allgemein

TOP 17 Schlusswort der/des Landesvorsitzenden

ca. 18 Uhr Tagungsende
im Anschluss Get-Together

HINWEIS: Sollte der Landesmittelstandstag nicht beschlussfähig sein, wird dieser vom Landesvorsitzenden sofort aufgehoben und für Samstag, 12. Juli 2025 gleicher Ort, 10.15 Uhr, erneut einberufen. Diese Versammlung ist in jedem Fall beschlussfähig.

Save the Date

Landesmittelstandstag 2025

Samstag, 12. Juli 2025

Stadthalle MUSEUM
Zollernstraße 2
72379 Hechingen

MIT
MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSUNION
BADEN-WÜRTTEMBERG

Bürokratiemonster zu Fall gebracht

CDU schafft Lieferkettengesetz ab

Tobias Vogt MdL, stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

Politikmachen bedeutet dicke Bretter bohren. Das ist unbequem, anstrengend, manchmal ernüchternd, aber immer wieder auch erfolgreich. Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Dieses Hartholzbohren ist der einzige erfolgversprechende Weg in unserer pluralen Gesellschaft, Dinge zu gestalten und zu verändern. Die Lieferkettengesetze sind ein Beispiel dafür.

Vor 3 Jahren waren wir Wirtschaftspolitiker in der CDU-Landtagsfraktion mit die Ersten, die Alarm schlugen: „Die EU setzt ein Bürokratiemonster in die Welt“, lautete die Überschrift meines Artikels im Wirtschaftsforum im April 2022. Die EU hatte damals einen Entwurf für ein europäisches Lieferkettengesetz veröffentlicht, das in zwei zentralen Teilen erheblich weiterging als das nationale Gesetz. Erstens erweiterte es die Nachweispflicht schon auf Unternehmen ab 500 Mitarbeitern anstelle von 1.000. Zweiter gravierender Punkt: Die EU wollte, dass Unternehmen die Nachweise für die gesamte Lieferkette erbringen müssen, also auch für sämtliche Vorlieferanten der Lieferanten. In der Praxis entstand mit diesen weitreichenden EU-Regelungen also eine indirekte Nachweispflicht auch für kleinere Unternehmen, wenn sie ein größeres nachweispflichtiges Unternehmen beliefern. Damit verschärfte die EU die nationale Regelung, die eine abgestufte Nachweispflicht vorsieht, je nachdem ob es sich um den eigenen Geschäftsbereich, einen direkten Vertragspartner oder einen mittelbaren Zulieferer handelt.

Die Europawahl vor etwa einem Jahr hat die Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament deutlich verschoben und die EVP massiv gestärkt. Der neuen Mitte-Rechts-Koalition ist es zu verdanken, dass das europäische Lieferkettengesetz – obwohl bereits vom vorigen Parlament be-

schlossen – nun (mindestens) zwei Jahre auf Eis gelegt wurde. Mein großer Dank gilt meiner Kollegin im Europaparlament, Andrea Wechsler, die mit dem ersten Tag ihrer Mandatsübernahme auch den Kampf gegen das wirtschaftsfeindliche Lieferkettengesetz aufgenommen hatte.

Wie das Bürokratie-Unheil seinen Lauf nahm

Das nationale Lieferkettengesetz wurde 2021 vom Bundestrag beschlossen. Auf den letzten Metern einer ausgelaugten Koalition setzte die SPD seinerzeit das Gesetz gegen den schwachen Widerstand der CDU durch. Mit dem Gesetz wollte die Politik die Unternehmen verpflichten, ihrer globalen Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte und Umweltstandards besser nachzukommen.

Schon das deutsche Lieferkettengesetz ist alles andere als ein schlankes Gesetz. Wie meistens in Gesetzen werden auch in diesem „Werk“ die Grundsätze in allgemeinen Formulierungen möglichst unkonkret formuliert. So beschloss es der Bundestag. Durch die Auslegung des zuständigen Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wurde das Lieferkettengesetz dann zur bürokratischen Schraubzwinge. Seit Beginn des Jahres 2023 müssen alle „etablierten“ Lieferanten in einer „Risikoanalyse“ befragt und geprüft werden. Zudem sind innerbetriebliche „Präventionsmaßnahmen“ zu erarbeiten und zu verankern. Werden Rechtsverstöße in der Lieferkette entdeckt, muss ein „System zur Abhilfe“ in Gang gesetzt werden. Sämtliche Schritte sind – wie kann es anders sein – zu dokumentieren und regelmäßig an das Bundesamt zu berichten, welches die Aufgabe hat, die Einhaltung der Berichtspflicht zu überwachen, Kontrollen durchzuführen und Bußgelder zu verhängen.

Das Sahnehäubchen findet sich wie so oft im Kleingedruckten: Laut der „Handreichung“ des BAFA sind im deutschen Lieferkettengesetz nicht nur solche Waren Teil der Lieferkette, die ein Unternehmen zur Herstellung seiner Produkte oder zur Erbringung seiner Dienstleistungen erbringt. Das Gesetz gilt auch für Waren, „die ein Unternehmen bezieht, um seinen Fortbestand zu sichern“, also Waren, die „nicht ins Endprodukt einfließen“. Unmissverständlich erläutert das BAFA auf seiner Homepage, dass damit auch Büromaterial und Softwaresysteme gemeint sind.

Die deutsche Gründlichkeit in Kombination mit der europäischen Erweiterung vom direkten Lieferanten auf sämtliche Vorlieferanten der Lieferkette ergeben ein mittelstandsvernichtendes Regelungsdickicht. Man kann sagen: Wer die KMU vollends ins Abseits drängen will, muss so vorgehen. Deshalb war es zwingend erforderlich, dass wir Wirtschaftspolitiker in der CDU die Notbremse gezogen haben.

Auf Bundesebene ist es der CDU nun gelungen, im Koalitionsvertrag das nationale Lieferkettengesetz zu beerdigen. Es wird abgeschafft. Deutsche Extrawürste wird es nicht mehr geben. Das zu überarbeitende europäische Lieferkettengesetz soll bürokratiearm und vollzugsfreundlich umgesetzt werden. Dem hat der zukünftige Vizekanzler Lars Klingbeil im Namen der SPD zugestimmt, auf deren Betreiben das Gesetz einst beschlossen wurde. Nun besteht die Chance auf eine vernunftbasierte rechtliche Grundlage. Gelingt dies, haben wir ein hartes Stück Holz erfolgreich durchbohrt. ■

Tobias Vogt MdL,
tobias.vogt@cdu.landtag-bw.de,
tobias-vogt.de

GAPLATEC
KÜCHE KÄLTE ABLUFT

Wir planen innovative Großküchensysteme komplett mit Ablufterfassung, Kälteanlagen, Wärmerückgewinnung mit wenigen Schnittstellen und kurzen Wegen für Ihren nachhaltigen Erfolg.

Wir machen aus Ihrer Kantine ein Mitarbeiterrestaurant!
Statt 2 Std. Nutzung eine Zonierte Nutzung über den gesamten Arbeitstag
Kein Schlange stehen sondern individuelle Insellösungen autark gestaltet

GAPLATEC GmbH | Wacholderstr. 27 | D-71723 Großbottwar
Tel: (+49) 7148 16 66 010 | anfrage@gaplatec.de | www.gaplatec.de

Europa steht vor der Herausforderung, seine digitale Zukunft selbst zu gestalten

Die neue geopolitische Realität

Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP

Die globale sicherheitspolitische Landschaft hat sich fundamental verändert. Mit der Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus muss die EU anerkennen, dass selbst langjährige Bündnispartner keine Konstanten mehr sind. Die transatlantischen Beziehungen stehen unter Druck durch einen Präsidenten, der die NATO in Frage stellt und mit einem verstärkten „America First"-Mandat zurückkehrt.

In dieser neuen Realität ist die digitale Souveränität der Union keine akademische Frage mehr, sondern eine existenzielle Notwendigkeit in einer Welt, in der strategische Autonomie über wirtschaftliche und politische Handlungsfähigkeit entscheidet. Die EU muss ihre technologische Abhängigkeit von allen Drittstaaten – China, Russland und den USA – kritisch evaluieren.

Gefahren der digitalen Abhängigkeit

Die digitale Abhängigkeit der EU manifestiert sich in mehreren kritischen Bereichen:

- Kommunikationsinfrastruktur:
  Über 99 % der internationalen Telekommunikation läuft über Tiefseekabel, die größtenteils von amerikanischen und chinesischen Unternehmen kontrolliert werden. Die Gefahr des Ausspionierens durch Software oder durch Überwachung des Netzverkehrs ist real.

- 5G-Technologie:
  42 % der 5G-Kommunikation in der EU wird über Funkausrüstung von Hochrisikoanbietern übertragen. Die EU-Kommission stuft besonders chinesische Anbieter wie Huawei und ZTE als Risiko ein, doch besteht ebenso eine erhebliche Abhängigkeit von US-Technologie.

- Satellitenkommunikation:
  Die USA, insbesondere durch Elon Musks Starlink, haben eine Vormachtstellung auf diesem für abgelegene Gebiete und Krisenzeiten entscheidenden Markt.

- Cloud-Dienste:
  Amerikanische Tech-Giganten dominieren den europäischen Cloud-Markt, wodurch Daten europäischer Bürger und Unternehmen oft auf Servern gespeichert werden, die amerikanischer Jurisdiktion unterliegen.

In seinem aktuellen Bericht kritisiert Mario Draghi die digitale Rückständigkeit Europas: Die bisherige Digitalpolitik der EU hat das Potenzial neuer Technologien kaum gefördert, was zu einer Innovationslücke und verzögerter Einführung kritischer Infrastrukturen wie 5G führte. Europa investiert pro Kopf deutlich weniger als seine Wettbewerber und leidet unter Marktfragmentierung – 34 verschiedene Mobilfunkbetreibergruppen in der EU gegenüber nur einer Handvoll in den USA oder China. Um Europas digitale Souveränität zu stärken, schlägt Draghi einen umfassenden EU-Digitalen Aktionsplan vor, der messbare Ziele für fortschrittliche Konnektivität festlegt und grenzüberschreitende Industrieprojekte in strategischen Bereichen wie Halbleiterproduktion und KI-Anwendungen fördert. Nur durch koordinierte Investitionen und die Harmonisierung nationaler Digitalstrategien könne Europa seine technologische Abhängigkeit verringern und im globalen KI-Wettlauf bestehen.

Die Rolle des neuen EU-Parlaments und der Kommission

Die neue EU-Kommission unter Ursula von der Leyen hat mit der Ernennung von Henna Virkkunen als Exekutiv-Vizepräsidentin für technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie ein wichtiges Signal gesetzt. Ihre Aufgabe ist angesichts der veränderten globalen Beziehungen von höchster Priorität.

Das Europäische Parlament hat bereits eine Strategie zur Verringerung der Abhängigkeit Europas von ausländischer Kommunikationstechnologie gefordert. Diese Forderung muss nun umfassend umgesetzt werden und alle strategisch relevanten Technologiepartner einbeziehen. Dabei dürfen wir jedoch nicht in einen digitalen Protektionismus verfallen. Europas Stärke liegt in offenen Märkten und internationaler Zusammenarbeit - aber eben unter Bedingungen, die unsere Werte und Interessen schützen.

Fazit: Ein neues Kapitel europäischer Souveränität

Die EU steht an einem Wendepunkt. Es ist an der Zeit, dass Europa für seine eigene Sicherheit und Souveränität im digitalen Raum einsteht und seine wirtschaftliche Stärke sowie regulatorische Macht nutzt, um eine unabhängige digitale Zukunft zu gestalten.

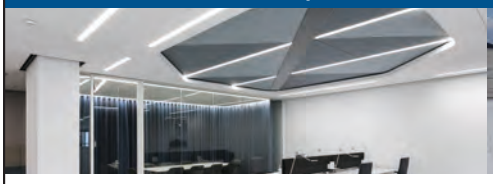
Wir müssen die Weichen jetzt stellen – mit einem klaren Bekenntnis zu Investitionen in Forschung und Entwicklung, zum Aufbau einer eigenen digitalen Infrastruktur und zur Stärkung der europäischen Technologieindustrie. Nur so kann die EU in der digitalen Welt von morgen bestehen und ihre Werte und Interessen schützen. ■

Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP,
mail@andrea-wechsler.de,
andrea-wechsler.de

TECHNIK STILVOLL INTEGRIEREN

Kiefer Klimatechnik

Lufttechnische Komponenten



Hohe Luftqualität und angenehme Temperaturen steigern das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit. Dafür stehen unsere hochwertigen Luftdurchlässe, Kühldecken und das System der Betonkerntemperierung, die eine optimale und zugfreie Raumluftströmung gewährleisten.

Lufttechnische Anlagen

In enger Zusammenarbeit mit Bauherren, Ingenieurbüros und Architekten entwickeln wir maßgeschneiderte luft- und klimatechnische Anlagen aller Art – bedarfsgerecht und ressourcenschonend.

Lassen Sie sich kompetent beraten!

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website www.kieferklima.de
Kiefer Klimatechnik GmbH • Heilbronner Straße 380-388 • 70469 Stuttgart
Telefon +49 (0) 711 81 09-0 • E-Mail: info@kieferklima.de

Adieu Gender Pay Gap

Vorbereitung auf die Entgelttransparenz

Dr. Viktor Stepien | Partner, Rechtsanwalt

Reinmar Hagner | Partner, Rechtsanwalt

Ob Ukraine oder Zollpolitik – für Unternehmen ist es wichtiger denn je, sich umsichtig auf die Zukunft vorzubereiten. Mit der Europäischen Entgelttransparenzrichtlinie (ETRL), die bis Juni 2026 in deutsches Recht umzusetzen ist, kommen weitere Herausforderungen hinzu.

Die Europäische Union hat dem Gender Pay Gap den Kampf angesagt. Nachdem diverse Gesetzesvorhaben der letzten Jahre keinen nachhaltigen Wandel brachten, sollen nunmehr mit der Entgelttransparenzrichtlinie Vergütungsunterschiede durch mehr Transparenz gnadenlos aufgedeckt und reduziert werden. Einbezogen werden sämtliche Vergütungsbestandteile wie Grundentgelte, Boni, privat nutzbare Dienstwagen oder Mitarbeiterbeteiligungsprogramme.

Chance und Risiko zugleich

Für Unternehmen in der EU bedeutet dies Chance und Risiko zugleich: Wer frühzeitig handelt, wird die Umsetzung kostenschonend einplanen, die Marktposition sichern und talentierte Mitarbeiter anziehen. Mitbewerbern hingegen, die sich der Entwicklung verschließen, droht eine Anspruchswelle, Unzufriedenheit und die Abwanderung von Arbeitskräften.

Rechtliche Maßnahmen für mehr Entgelttransparenz

Die Entgelttransparenz soll mittels drei zentraler Instrumente hergestellt werden: Informationsrechte wie die Mitteilung von Gehaltsangaben in Stellenanzeigen, Auskunftsrechte etwa über die durchschnittlichen Entgelte von Kolleginnen und Kollegen bei gleichwertiger Tätigkeit sowie Berichtspflichten über

geschlechtsspezifische Lohngefälle im Unternehmen. Daneben treten wirksame Rechtsdurchsetzungsinstrumente und Sanktionsmechanismen wie Ansprüche auf Schadensersatz benachteiligter Arbeitnehmer, Regelungen zu Beweislastumkehr und Bußgelder bei Verstößen.

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen für Unternehmen

Die Umsetzung der Richtlinie bedeutet einen erheblichen Aufwand, weshalb bereits heute mit der Vorbereitung auf die kommende Rechtslage begonnen werden muss. Neben der Identifizierung relevanter Positionen und Vergütungsstrukturen sowie Bildung von klaren Vergleichsgruppen müssen sodann sichtbare geschlechterspezifische Gehaltsunterschiede auf Ursachen und Einflussfaktoren analysiert werden, um Maßnahmen zu deren Beseitigung festzulegen. Falls eine Arbeitnehmervertretung gewählt ist, muss diese zudem frühzeitig einbezogen werden.

Schon aufgrund der Vielzahl von Einflussfaktoren können diese Aufgaben in mittelständischen Unternehmen nur unter Einsatz IT-gestützter Systeme in enger Ausrichtung auf die rechtlichen Anforderungen und Gestaltungsoptionen erfolgreich angegangen werden.

Fazit

„Über Geld spricht man nicht“ – dieser Volksmund könnte sich in Deutschland schon sehr bald überholt haben, was die strukturelle Verhandlungsmacht von Arbeitnehmern erheblich stärken wird. Die Augen vor der kommenden Entgelttransparenz zu verschließen, dürfte damit für kein Unternehmen eine realistische Option sein – unabhängig davon, wie man das Vorhaben der Entgelttransparenz vor dem Hintergrund des allseits geforderten Bürokratieabbaus bewertet. ■

Dr. Viktor Stepien,
viktor.stepien@sonntag-partner.de,
Reinmar Hagner,
reinmar.hagner@sonntag-partner.de,
sonntag-partner.de

FARR FEINMECHANIK
QUALITÄT UND PRÄZISION
vom Kleinsten

Präzisionsdrehteile von ø 0,1 bis 12,0 mm, aus hochwertigen Werkstoffen in **absoluter Genauigkeit** und **erstklassiger Verarbeitung** in Klein-, Mittel- und Großserien.

Artur Farr GmbH + Co. KG
info@farr-feinmechanik.de
www.farr-feinmechanik.de

Auf geht's Ländle!

Wie die deutsch-indische Zusammenarbeit dem Mittelstand in Baden-Württemberg hilft

Jan Kalus, Beisitzer im Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg

Mit dem Jahr 2025 wird die globale Wirtschaftslandschaft zunehmend komplexer. Die von Trump-Regierung neu eingeführten höheren Zölle stellen den internationalen Handel vor erhebliche Herausforderungen. Deutschland, Indiens größter Handelspartner in Europa, und Indien mit seiner schnell wachsenden Wirtschaft haben ein großes Interesse an der Förderung eines freien und fairen Handels. Dies gilt auch für die Lokomotive Deutschlands – Baden –Württemberg, welches von dem Handel mit dem bevölkerungsreichsten Land der Erde enorm profitiert. Im Jahr 2023 betrug das Handelsvolumen zwischen BW und Indien 4,267 Milliarden Euro. Exporte aus Baden-Württemberg nach Indien erfolgten im Warenwert von rund 2,430 Milliarden Euro. Importe aus Indien nach Baden-Württemberg umfassten einen Warenwert von rund 1,837 Milliarden Euro. Mit 350 Unternehmen, die bereits in Indien aktiv sind, und 50 indischen Unternehmen in Baden-Württemberg ist das Ländle ein wichtiger Investitionspartner für Indien und umgekehrt.

Länderpartnerschaft Maharashtra - Baden-Württemberg

Baden-Württemberg unterhält seit 2015 eine enge Partnerschaft mit dem indischen Bundesstaat Maharashtra. Das 2017 eröffnete Auslandsbüro in Pune fokussiert die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Indien in den Bereichen Startups, Forschung, Bildung und Fachkräftegewinnung. Diese Partnerschaft wurde im Februar 2025 durch die Delegationsreise der baden-württembergischen Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut bekräftigt und verstärkt. So lag ein Schwerpunkt des Programms auf dem Thema Fachkräfte. Dabei kam auch die im Februar 2024 zwischen Baden-Württemberg und dem indischen

CLAUS
GEBÄUDEREINIGUNG
Meisterbetrieb seit 1947
SAUBER geht's besser!
Bau-Reinigung
Fassaden-Reinigung
Glas-Reinigung
Unterhalts-Reinigung
Jalousien-Reinigung
Schwimmbad-Reinigung
Kehrwochen-Reinigung
Teppichboden-Reinigung
Winterdienste / Parkflächenreinigung
Reinigung Photovoltaik- und Solaranlagen
Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG · Vaihinger Str. 31 · 71063 Sindelfingen
Tel.: 07031-814792 · info@claus-gebaeudereinigung.de · **www.claus-gebaeudereinigung.de**

Staat Maharashtra unterzeichnete Absichtserklärung zur Zusammenarbeit in der Fachkräftemigration und der Berufsbildung zur Sprache. Am Goetheinstitut in Pune informierte sich die Wirtschaftsministerin über dort durchgeführte und seitens des Staates Maharashtra finanzierte Deutschkurse, durch welche Inderinnen und Inder sich auf eine Berufstätigkeit in Deutschland vorbereiten.

Lebendige kommunale Initiative: Beispiel Stadt Karlsruhe

Ein gutes Beispiel für eine lebendige Initiative auf lokaler Ebene stellt das Engagement der Stadt Karlsruhe dar. Mit der Delegationsreise „Karlsruhe meets India – Creating partnerships for a sustainable future“, welche vom 21.-28. Februar 2025 stattfand, gelang es einer fünfzehnköpfigen Delegation mit den Gruppen Impact Hub, Marketing/KME und Wirtschaftsförderung/Stadtplanung einschließlich der Handwerkskammer Karlsruhe den Standort bei den indischen Partnern bekannt zu machen. Ergebnis dieser Reise waren u. a. der Launch des German Indo StartUp Accelerators durch die Impact Hubs Karlsruhe und Hyderabad, die Unterzeichnung eines Letters of Intent (LOI) des indischem Automobilverbands ARAI für eine Repräsentanz in Karlsruhe; sowie die Unterzeichnung des Memorandum of Understanding (MOU) für ein Konzept zur Transformation des Industriegebiets Thane-Belapur in ein zukunftsorientiertes Industriequartier. Alles in allem eine gelungene Reise für den Standort Karlsruhe.

„Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt.“ (Mahatma Gandhi)

Welches Fazit können baden-württembergische Unternehmen aus ihrer Erfahrung auf dem indischen Markt bislang ziehen? Unsere Betriebe betrachten Indien zunehmend als tragfähige Alternative zur Diversifizierung ihrer Investitionen und zur Verringerung der Abhängigkeit von anderen Märkten. Daher ist es jetzt wichtiger den je, diese Betriebe bei der Veränderung, die sie aus eigener Kraft anstreben, zu unterstützen. Auf geht’s Ländle! ■

Jan Kalus,
J.Kalus@web.de

Mit einem Bürokratiefilter die Wirtschaft entlasten

Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Senior Advisor, Stiftung Familienunternehmen, München und Ehem. Vorsitzende des Normenkontrollrats Baden-Württemberg

Umfragen bei Familienunternehmen zeigen, dass die Überbürokratisierung in Deutschland inzwischen als der größte Wettbewerbsnachteil angesehen wird. Bürokratie steht dabei im Rang noch vor den Standortkosten und dem Fachkräftemangel. Sie verhindert Investitionen hierzulande und lenkt solche in andere Länder um. Statt sich auf das eigentliche Geschäft konzentrieren zu können, müssen Unternehmen Formulare ausfüllen und mit langen Planungs- und Genehmigungszeiten rechnen. Die Zahl der Einzelnormen in Gesetzen ist auf über 52.000 angewachsen,[1] die Zahl der Dokumentationspflichten dürfte bei über 10.000 liegen. Ein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft i. H. v. 10 Milliarden Euro allein in den Jahren der Ampel-Koalition zeigt: Hier besteht ein gewaltiger Handlungsbedarf für die Politik.

Wie kann dieser gordische Knoten durchschlagen werden und wie kann es gelingen, dass die Politik unnötige Regelungen nachhaltig und wirksam vermeidet und bestehende verzichtbare Bürokratieanforderungen endlich beseitigt?

[1] BT-Drs. 20/10565 S. 72

Prof. Dr. Winfried Kluth hat im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen untersucht, wie mithilfe eines Bürokratiefilters bereits im Rechtsetzungsverfahren unnötige Bürokratie vermieden werden kann.[2]

Eine neue Gesetzgebungs-Governance

Die Idee des Bürokratiefilters besteht darin, dass sowohl Regierungen als auch Verwaltungen zunächst einmal ihre Denkweise grundlegend neu ausrichten. Sie sollte sich neben der Regelorientierung vor allem auch an „Zeit für Qualität“ und einer „unternehmensbezogenen Ermöglichungskultur“ orientieren. Vorschriften sollten Unternehmen eher zur Innovation und Transformation befähigen als diese zu verhindern. Dazu sind auf allen Ebenen organisatorische und verfahrensrechtliche Grundlagen zu schaffen, um das erforderliche Wissen in den Ministerien und den nachgeordneten Verwaltungen zu vermitteln. Ein wirksamer Bürokratiefilter setzt voraus, dass Bürokratieabbau in Deutschland Chefsache ist, also beim Bundeskanzleramt und den Staatskanzleien angesiedelt ist und sich die Regierungen zu der neuen Governance ausdrücklich bekennen.

Bürokratiefilter-Leitfaden für Legisten

In einem ressortübergreifenden Leitfaden sollten Prüfkriterien für eine innovationsfreundliche und wettbewerbssichernde Gesetzgebung festlegt werden, in dem die wichtigsten Checklisten, wie Praxis- und Digitalcheck, integriert sind. Der Leitfaden konkretisiert den Prozess der Alternativen- und Angemessenheitsprüfung und dient zur Strukturierung der Begründung von als angemessen erachteten Bürokratie- und Erfüllungslasten. Dabei ist zwischen primären, sekundären und tertiären Bürokratielasten zu unterscheiden. Primär sind Berichtspflichten, die Mitwirkungspflichten im Rahmen von Anzeige- und Genehmigungsverfahren betreffen, sekundär und schwer begründbar sind solche, die aufgrund von langen und komplizierten Verwaltungsverfahren oder Mehrfachzuständigkeiten Zusatzinvestitionen auslösen. Als tertiär werden Berichtspflichten bezeichnet, die Mitwirkungspflichten im Rahmen von Überwachungsmaßnahmen darstellen, indem sie z. B. über unternehmerisches Handeln informieren sollen. Sie wurden in den letzten Jahren in Form von nichtfinanziellen Berichtspflichten sowohl vom Bundesgesetzgeber (z. B. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) als auch von der EU (z. B. Nachhaltigkeitsberichterstattung) zu einem „Instrument der indirekten Verhaltenssteuerung“[3] umfunktioniert.

Begründungspflicht bei Bürokratielasten

Ein entscheidendes Element des vorgeschlagenen Bürokratiefilters ist, dass Ressorts nicht nur den politischen Gehalt neuer Vorschriften, sondern vor allem auch geplante Bürokratielasten begründen müssen. Auf diese Weise wird im Gesetzgebungsverfahren transparent gemacht, welche Lasten auf die Unternehmen zukommen und aus welchen Gründen sie unverzichtbar seien. Nur so kann rechtzeitig kontrolliert werden, ob diese Argumente auch der Prüfung standhalten, ob sie mit der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft noch im Einklang sind.

Kontrollinstanzen bei neuen Bürokratielasten

Die Studie schlägt vor, in allen Ressorts interne Kompetenzstellen für Bürokratievermeidung einzurichten, um dem

[2] Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.) Bürokratiefiter für den Gesetzgeber, Unnötigen Belastungen präventiv begegnen, erstellt von Prof. Dr. Winfried Kluth, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2025. Die Studie ist abrufbar unter https://www.familienunternehmen.de/de

[3] Detlef *Kleindiek*, in: BeckGOK HGB, Stand: 1.11.2023, § 289b HGB, Rn. 2; Birgit *Spießhofer*, Corporate Social Responsibility, in: Burgi/Habersack (Hrsg.), Handbuch Öffentliches Recht des Unternehmens, 2023, § 5, Rn. 16: Paradigmenwechsel von Information zu Transformation.

rechtsetzenden Fachreferat Kollegen bei der Erstellung des Referentenentwurfs an die Seite zu geben, die neues Recht speziell unter Qualitätskriterien prüfen (Notwendigkeit, Praxistauglichkeit, Verständlichkeit, geringstmöglicher Aufwand, Evaluierbarkeit etc.).

Der Referentenentwurf ist in frühem Stadium des Rechtsetzungsverfahrens der für Bürokratieabbau zuständigen Stelle, die beim Bundeskanzleramt angesiedelt sein sollte, und dem Nationalen Normenkontrollrat vorzulegen. Sie prüfen, ob die Begründung geplanter Bürokratielasten stichhaltig und mit der Gesetzgebungs-Governance, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft eher zu fördern als einzuschränken, kompatibel ist.

Ex-ante Praxischeck

Als zentrales Verfahrenselement schlägt die Studie die systematische Anwendung von ex ante-Praxischecks. Er soll als Grundregel Teil der Gesetzesfolgenabschätzung sein. Nur wenn Normadressaten, also Unternehmen und vollziehende Verwaltung, mit der antizipierten Umsetzung von Vorschriften befasst werden, können Lösungsalternativen erarbeitet und unnötige Bürokratie vermieden werden.

Qualifizierung von Legisten

Da Rechtsetzungslehre und Qualität von Recht nach wie vor kein Examensstoff für Juristen ist, spielt die Qualifizierung von Legisten eine große Rolle.

Das Kompetenzzentrum Legistik sollte als zentrale Einheit die Forschung zur bürokratiearmen Gesetzgebung fördern und für die Bundesressorts das Aus- und Weiterbildungsangebot inhaltlich und organisatorisch weiterentwickeln. Korrespondierend sind die entsprechenden Aus- und Weiterbildungspflichten in den Ressorts so umzusetzen, dass eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern über das erforderliche Wissen verfügt.

Systemischer Bürokratieabbau

Um eine zeitnahe Überprüfung bestehender Bürokratie- und Erfüllungslasten zu ermöglichen, sollte die Bundesregierung die Durchführung eines entsprechenden ex post-Praxischecks in Form eines Gutachtens beauftragen, die bestehenden Regelungen nach den Kriterien des Leitfadens beurteilen und Vorschläge zu deren Abschaffung erarbeiten lassen. Dabei sollte ein systemischer Ansatz gefunden werden, Bürokratielasten wie Dokumentationspflichten nach typisierten Merkmalen flächendeckend abzuschaffen.

Dr. Gisela Meister-Scheufelen,
buero@meister-scheufelen.de,
meister-scheufelen.de

Rossaro Bauunternehmung

Straßen- und Tiefbau
Asphaltbau
Erd- und Deponiebau
Hochwasserschutz
Ingenieurbau
Brückenbau
Kläranlagenbau

rossaro Bauunternehmung

Carl-Zeiss-Str. 79
73431 Aalen
www.rossaro.de

Tel. 07361 / 9480 - 0
Fax 07361 / 9480 - 20
info@rossaro.de

MIT WIRKT: VERANTWORTUNG FÜR DEN MITTELSTAND IM KOALITIONSVERTRAG

FORDERUNGEN DER MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSUNION IM KOALITIONS-VERTRAG VON CDU, CSU UND SPD FÜR DIE 21. LEGISLATURPERIODE (AUSWAHL)

Unternehmertum

- Erleichterung von Gründungen: Gründerschutzzone, Reallabore, vereinfachte Gründung innerhalb von 24h als One-Stop-Shop
- Stärkung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Investitionen und Innovationen

- Degressive Abschreibung für Ausrüstungsinvestitionen i.H.v. 30 Prozent
- Stärke Mobilisierung von privatem Kapitel
- Stärkung Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand und KMU-Innovativ

Bürokratierückbau

- Abbau von Bürokratiekosten um 25 Prozent
- Abschaffung des nationalen Lieferkettenpflichtensorgfaltsgesetzes
- „Once-Only"-Grundsatz. Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen sollen ihre Daten gegenüber dem Staat nur einmal angeben müssen.
- Bekenntnis zu einer digitalen Verwaltung mit antragslosen Verfahren, einem Bürgerkonto, und einem Zugang für Betriebe und Vereine
- Abschaffung von Schriftformerfordernissen
- „Digital-Only" in der Verwaltung: Verwaltungsleistungen sollen unkompliziert digital über eine zentrale Plattform („One-Stop-Shop")
- Abschaffung der Bon-Pflicht
- Verhinderung unnötiger Belastungen durch die europäische Ebene (Entwaldungsverordnung, Taxonomie, Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettensorgfaltspflicht, CO2-Grenzausgleichsmechanismus)

Arbeit und Soziales

- Bürgergeld wird abgeschafft und durch „Neue Grundsicherung für Arbeitssuchende“ ersetzt
- Bundesagentur für Arbeit auf Kernaufgabe „Vermittlung in Erwerbsarbeit“ zurückführen
- Wöchentliche statt werktägliche Höchstarbeitszeit
- Vertrauensarbeitszeit ohne Zeiterfassung
- Frühstart-Rente und Stärkung betriebliche Altersversorgung
- Gründerfreundliche Vorsorgepflicht für Selbständige mit Opt-out
- Mutterschutz für Selbständige
- Erweiterung des Ausnahmekatalogs nach § 10 Arbeitszeitgesetz für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung um das Bäckereihandwerk

Gesundheit und Pflege

- Beitragssätze in der Kranken- und Pflegeversicherung sollen durch tiefgreifende strukturelle Reformen stabilisiert werden
- Der Missbrauch bei telefonischen Krankschreibungen soll verhindert werden
- Die Patientensteuerung durch hausarztzentrierte Versorgung soll verbessert werden
- Pflegeversicherung reformieren, insbesondere nachhaltige Finanzierung

Energie und Klima

- Emissionshandel bleibt das zentrale Leitinstrument
- Negative Emissionen werden auf die Klimaziele angerechnet
- Nutzung von CO2-Abscheidungs- und Speicherungstechnologien (CCS) und auch Nutzungstechnologien (CCU)
- Wirksamer Carbon-Leakage-Schutz zum Erhalt der industriellen Wertschöpfung
- Nutzen aller Potenziale von erneuerbaren Energien (Sonne und Wind, Bioenergie, Geothermie, Wasserkraft plus grüne Moleküle)
- Energiepreise werden für alle Verbraucher und Betriebe um 5ct/kWh gesenkt
- Abschaffung der Gasspeicherumlage
- Langfristlieferverträge für Gas
- Nutzung heimischer Gaspotenziale
- Deckelung der Netzentgelte

Steuern und Finanzen

- Senkung der Körperschaftsteuer in drei Schritten um jeweils 1% senken
- Rechtsformneutrale Besteuerung/Optionsmodell
- Steuerliche Anreize für Mehrarbeit und für längere Lebensarbeitszeit
- Überprüfung aller Subventionen

Freihandel

- Abschluss weiterer EU-Handels- und Investitionsabkommen
- Überarbeitung Außenwirtschaftsgesetz zur Beschleunigung von Prüfverfahren
- Vereinfachung und Beschleunigung von Ausfuhrgenehmigungen
- Flexibilisierung klimapolitische Sektorleitlinien

Besonders kritische Punkte aus Sicht der MIT

<u>Arbeit und Soziales</u>

- Haltelinie beim Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz oder zumindest in Richtung der 40 Prozent-Marke fehlt.
- Absicherung Rentenniveau bei 48 Prozent bis 2031 und Beibehaltung „Rente mit 63“
- Keine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters
- Begrenzung der Westbalkanregelung (geht am Bedarf des Arbeitsmarkts vorbei)

<u>Bauen und Wohnen</u>

- Verlängerung der Mietpreisbremse
- Verpflichtende Elementarschadenabsicherung, Opt-out wird nur geprüft.

<u>Bürokratie</u>

- Registrierkassenpflicht für Geschäfte mit einem Umsatz von über 100.000 Euro p.a.

<u>Energie</u>

- Kein Überprüfung der Nutzung der verbleibenden Kernkraftwerke

<u>Steuern und Finanzen</u>

- Beibehaltung des Solidaritätszuschlags
- Später Einstieg in Körperschaftsteuerreform
- Einkommensteuersenkung nur unter Vorbehalt und nur für kleine und mittlere Einkommen

Foto: MIT Bund

Gitta Connemann wird Parlamentarische Staatssekretärin und Mittelstandsbeauftragte der neuen Bundesregierung!

Wow, mehr Mittelstand geht nicht! Unsere MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann wird Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium und Mittelstandsbeauftragte der neuen Bundesregierung. Auf dem Bundesausschuss Anfang Mai mahnte sie in einer viel beachteten Rede: „Zwei Jahre Rezession, jetzt noch ein Jahr Stagnation. Diesen Zustand drei Jahre in Folge können weder ein Wirtschaftsstandort, noch unsere Betriebe, noch ihre Mitarbeiter, noch unser Land weiter ertragen. Wir müssen alles daransetzen, dass unser Standort wieder in Gang kommt – und zwar so schnell wie möglich!“ Sie mahnte: „Wir müssen sofort liefern. Nicht erst in einem Jahr, nicht erst in einem halben Jahr, sondern sofort!“ Im Anschluss an ihre Ansprache überreichte die MIT-Chefin gelbe Bauarbeiter-Helme an Friedrich Merz und Carsten Linnemann. Ihre Botschaft: „Arbeitshandschuhe anziehen und das Land wieder nach vorne bringen.“ ■

Unser Team für Deutschland – und fast alle sind in der MIT oder der MU

Foto: MIT Bund

Die Politikwende kommt! Am 28. April beschloss der Bundesausschuss der CDU in Berlin mit großer Mehrheit den ausgehandelten Koalitionsvertrag. Der CSU-Vorstand hatte dem Dokument mit dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ bereits zuvor zugestimmt. Die SPD zieht auch mit. Damit senden wir an unser Land und an Europa das Signal: Die Union übernimmt wieder staatspolitische Verantwortung – auch und gerade in einer Zeit, die politisch und wirtschaftlich besonders herausfordernd ist. Auf dem Bundesausschuss stellte Friedrich Merz gleich sein Team für Deutschland, also die künftigen Bundes- und Staatsminister, vor (v.l.n.r.): Nina Warken, Bundesministerin für Gesundheit, Johann Wadephul, Bundesminister des Auswärtigen, Michael Meister, Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit, Christiane Schenderlein, Staatsministerin für Sport und Ehrenamt, Wolfram Weimer, Staatsminister für Kultur und Medien, Friedrich Merz, der designierte Bundeskanzler, Karin Prien, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Thorsten Frei, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Patrick Schnieder, Bundesminister für Verkehr, Katherina Reiche, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Serap Güler, Staatsministerin im Bundesministerium des Auswärtigen, sowie Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung. Nicht auf dem Foto sind Gunther Krichbaum, der zukünftige Staatsminister im Bundesministerium des Auswärtigen, sowie die designierten Ministerinnen und Minister der CSU: Alexander Dobrindt wird Bundesinnenminister, Dorothee Bär wird Bundesministerin für Forschung und Raumfahrt und Alois Rainer ist der zukünftige Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft. Übrigens: Die Redaktion von Politico hat mal nachgerechnet: MIT und MU stellen 27 von 32 Posten auf der Unions-Seite in der neuen Bundesregierung, mit Kanzler Merz sogar 28 von 33. Das bedeutet: Über 84 Prozent der Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre mit CDU/CSU-Parteibuch gehören der Wirtschafts- und Mittelstandsunion an. MIT wirkt eben! ■

MIT Bund,
info@mit-bund.de,
mit-bund.de

Inserentenverzeichnis

Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge

1A Autenrieth GmbH&Co. KG
autenrieth-kunststofftechnik.de

AP&S International GmbH
ap-s.de

Bartholomäus GmbH
geba-emerkingen.de

Lothar Bix GmbH
bix-lackierungen.de

Breinlinger Ingenieure Hoch- und Tiefbau GmbH
breinlinger.de

Brobeil Maschinenbau GmbH & Co. KG
brobeil-maschinenbau.de

BURGER GROUP
burger-group.com

Burger Karl Maschinenbau GmbH & Co.
burger-maschinenbau.de

Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG
claus-gebaeudereinigung.de

Derichsweiler Umzüge Lagerung Service GmbH & Co. KG
derichsweiler.com

Artur Farr GmbH & Co. KG
farr-feinmechanik.de

Martin Fink GmbH & Co. KG
fink-plexiglas.de

Gaplatec GmbH
gaplatec.de

Genthner GmbH System Technologie
genthner.com

GMT Gummi-Metall-Technik GmbH
gmt-gmbh.de

Golfclub Marhördt Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
golfclub-marhoerdt.de

S. Gruber GmbH & Co. Ges für Transport und Lagerei KG
gruber-steinheim.de

Grünemay & Abt KG
gruenemay-abt.de

Häcker Fliesen und Naturstein GmbH
haecker-stein.de

Hellmer&Triantafyllou Computer-Systeme GmbH
htcomp.de

Kammerer Gewindetechnik GmbH
kammerer-gewinde.com

Kärcher Tresorbau GmbH + Co. KG
kaercher-tresorbau.de

Kiefer Klimatechnik GmbH
kieferklima.de

Kierdorf & Söhne GmbH
kierdorf-soehne.de

Moräne Kies Ges. mbH & Co. KG
omk-moraene.de

MRS Electronic GmbH & Co. KG
mrs-electronic.de

PMK Kunststoffverarbeitung GmbH
pmk-maier.de

RCDRUCK GmbH & Co. KG
rcdruck.de

Rossaro Bauunternehmung
rossaro.de

Gebrüder Rückert GmbH & Co. KG
gebrueder-rueckert.de

SAX + KLEE GmbH Bauunternehmung
sax-klee.de

Metallgießerei Schüle GmbH
schuele-guss.de

Schwarzwälder Edelputzwerk GmbH
schwepa.com

Südpack Verpackungen SE & Co. KG
suedpack.com

Valet u. Ott GmbH & Co. KG Kies- und Sandwerke
valetott.de

Wiesbauer GmbH & Co. KG
wiesbauer.de

Gebr. Zimmermann GmbH
felswerk.de

Hier geht es zur www.mit-bw.de

Burger
Komplett-Fertigung nach DIN und Zeichnung

Karl Burger Maschinenbau GmbH + Co.
Daniel-Weil-Str. 4 89143 Blaubeuren
Tel. 07344/6009 Fax 07344/3581
E-mail: info@Burger-Maschinenbau.de

MIT vor Ort

MIT Alb-Donau/Ulm
www.mit-alb-donau-ulm.de
MIT Baden-Baden/Rastatt
www.mittelstand-bad-ra.de
MIT Biberach
www.mit-bc.de
MIT Böblingen
www.mit-boeblingen.de
MIT Bodenseekreis
www.mit-bodenseekreis.de
MIT Breisgau-Hochschwarzwald
www.mit-breisgau-hochschwarzwald.de
MIT Calw/Freudenstadt
www.mit-cw-fds.de
MIT Emmendingen
www.mit-emmendingen.de
MIT Esslingen
www.mit-esslingen.de
MIT Freiburg
www.mit-freiburg.de
MIT Göppingen
www.mit-gp.de
MIT Heidelberg
www.mit-heidelberg.de
MIT Heidenheim
MIT Heilbronn
www.mit-heilbronn.de
MIT Hohenlohe
www.mit-hohenlohe.de
MIT Karlsruhe
www.mit-karlsruhe.de
MIT Karlsruhe Land
www.mit-karlsruhe-land.de
MIT Konstanz
www.mit-konstanz.de
MIT Lörrach
MIT Ludwigsburg
www.mit-ludwigsburg.de
MIT Main-Tauber-Kreis
www.mit-main-tauber.de
MIT Mannheim
www.mit-mannheim.de
MIT Neckar-Odenwald
www.mit-neckar-odenwald.de
MIT Ortenau
www.mit-ortenau.de
MIT Ostalb
www.mit-ostalb.de
MIT Pforzheim
www.mit-pforzheim.de
MIT Ravensburg
www.mit-ravensburg.de
MIT Rems-Murr
www.mit-remsmurr.de
MIT Reutlingen
www.cdu-kreis-reutlingen.de/vereinigungen
MIT Rhein-Neckar
www.mit-rhein-neckar.de
MIT Rottweil
www.mit-rottweil.de
MIT Schwarzwald-Baar
www.mitsbk.de
MIT Sigmaringen
www.mit-sigmaringen.de
MIT Stuttgart
www.mit-stuttgart.de
MIT Tübingen
MIT Tuttlingen
MIT Waldshut
MIT Zollernalb
www.mit-zollernalb.de

MIT Nordbaden
www.mit-nordbaden.de
MIT Nordwürttemberg
www.mit-nordwuerttemberg.de
MIT Südbaden
www.mit-suedbaden.de
MIT Württemberg-Hohenzollern
www.mit-wueho.de

MIT Baden-Württemberg
www.mit-bw.de
MIT Bund
www.mit-bund.de

Impressum

Wirtschaftsforum – das Magazin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg erscheint zehnmal im Jahr im Rahmen der Mitgliedschaft. Ist der Verlag durch höhere Gewalt, Streik und dergleichen an seiner Leistung verhindert, so besteht keine Ersatzpflicht für das Wirtschaftsforum. Herausgegeben von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Kaan Verlag GmbH.

Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg (MIT)
Stammheimer Straße 10, 70806 Kornwestheim
Telefon 07154 8025 140,
wifo@mit-lvbw.de,
www.mit-bw.de
Auflage: 5.000 Exemplare für Mitglieder und Interessenten

Redaktion Wirtschaftsforum:
verantwortlich im Sinne des Presserechts
Dr. Bastian Atzger (MIT BW)
wifo@mit-lvbw.de

Verantwortlicher Redakteur:
Achim Rieger (Kaan Verlag GmbH)

Verlag und Vertrieb:
Kaan Verlag GmbH
Klosterstraße 12, 72514 Inzigkofen
Telefon 07571 7404 0
wifo@kaanmedia.de,
www.kaanmedia.de

Bildnachweise:
Diese Ausgabe verwendet Bilder von Pixabay, Shutterstock, Adobe Stock und MIT Bund.

Landesgeschäftsführung:
Denise Hradecky
hradecky@mit-bw.de
07154 8025 140
Mitglieder- und Officemanagement:
Martina Kuttner
kuttner@mit-bw.de
07154 8025 144
Marketing und Administration:
Carolin Göggelmann
goeggelmann@mit-bw.de
07154 8025 145

Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit:
Manfred Nagel
nagel@mit-lvbw.de
0711 3412726
0170 3369229

Aufnahmeantrag

Hiermit bitte ich um die Aufnahme in die Mittelstands- und Wirtschaftsunion.
Die grau hinterlegten Felder werden von der MIT ausgefüllt.

Mitgliedsnummer | LV/KV | Kriterium

Name, Vorname | Geburtsdatum

Straße, Hausnummer | PLZ, Ort

E-Mail-Adresse | Telefon

Beruf | Firma | Branche

Berufliche Tätigkeit | Eintrittsdatum

☐ Selbstständig
☐ Nicht selbstständig
☐ CDU-Mitglied
☐ Parteilos

Um unsere Beziehung zu Ihnen auf Sicherheit, Vertrauen und Nachhaltigkeit aufzubauen, bitten wir Sie, uns nachfolgendes Einverständnis zu geben:
Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen) einverstanden. Die Daten werden von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg, ihren Gliederungen für die Übersendung von Einladungen, Newsletter, Informationsmaterial und des Mitgliedermagazins – auch per E-Mail – genutzt. Eine sonstige Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen und Einladungen genutzt werden. Der Versand der Einladungen auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ihre persönlichen Daten werden nach Beendigung Ihrer Mitgliedschaft gemäß der gesetzlichen Bestimmungen gelöscht.

Ich bestätige, kein Mitglied einer anderen Partei als der CDU/CSU zu sein.

Unterschrift des Neumitglieds | Geworben von | Unterschrift des MIT-Kreisvorsitzenden

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die MIT, bis auf Widerruf meinen Jahresbeitrag und die einmalige Aufnahmespende von folgendem Konto abzubuchen:

Name, Vorname des Kontoinhabers | Gläubiger-ID | BIC

Geldinstitut | IBAN

Die Aufnahmespende für meinen
☐ Kreisverband ☐ Landesverband ☐ Bundesverband
beträgt einmalig _____ €

Mein Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich _____ €
(Mindestbeitrag 90 €/Jahr. Der Mitgliedsbeitrag wird als Jahresbeitrag durch eine SEPA-Lastschrift eingezogen.)

Jetzt Mitglied werden!

Unterschrift Kontoinhaber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg
Stammheimer Str. 10, 70806 Kornwestheim
Telefon: 07154 8025-140
info@mit-bw.de
www.mit-bw.de

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSUNION BADEN-WÜRTTEMBERG

MIT im Dialog.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

z. B. zu unseren Forderungen an die Landesregierung, zur uns belastenden Bürokratie und zu unseren Erwartungen an die Wirtschaftspolitik!

wifo@mit-lvbw.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de

MIT
MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSUNION
BADEN-WÜRTTEMBERG